Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Nr. 2. | Die „Textilarbeiter-Zeitung" erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423. | Düsseldorf, 13. Januar 1912. | Redakteur: A. Heutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Acken, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Telegr.-Adresse: Textilverband Düsseldorf. | 14. Jahrg.

Starkmut.

Klar der Blick! — Mut gefaßt!
Fest die Faust am Steuer!
Halb so schwer wird dann die Last,
Und das Herz schlägt freier.

Fest zum Himmel aufgeschaut,
Und dann: durchgerungen! —
— Mit des Wehrufs Jammerlaut
Wird kein Leu bezwungen.

Beten — ja — herzinniglich
Zu dem Gott der Stärke:
Gib mir Kraft und segne mich,
Segne meine Werke! —

Christian Heimbach.

Arbeiter und Staatspolitik.

Wenn eine Kriegsgefahr droht, die man noch abwenden kann, spricht man mit Recht von den furchtbaren Folgen eines unglücklich ausfallenden Krieges. Man zählt nicht nur die Opfer an Menschenleben auf, sondern auch die nach Milliarden gehenden Kriegsaufwendungen, die gleich hohen, an den Sieger zu zahlenden Kriegsentschädigungen, nicht minder spricht man von der gewaltigen Störung des gesamten Wirtschaftslebens; man weist darauf hin, daß Völker, die auf den Weltmarkt angewiesen sind, dabei diesen zu einem großen Teile vielleicht unwiederbringlich verlieren. Aber ebenso ernst sollte man auch sprechen von den furchtbaren Folgen einer falschen auswärtigen Wirtschaftspolitik, einer falschen innern Politik. Man zählt in der Weltgeschichte nicht bloß die infolge falscher Maßnahmen verlorenen Schlachten, die einen Krieg entschieden, sondern ebenso oft muß man das Unglück mancher Länder zurückführen auf falsche Maßnahmen der leitenden Staatsmänner, die sich von falschen Lehrmeinungen mißleiten ließen oder die Entwicklung der Zukunft falsch deuteten. Früher, als die breite Masse des Volkes keinen Einfluß auf die Leitung der Staatsgeschäfte hatte, konnte man die ganze Schuld abwälzen auf die Könige und ihre Räte, auf die enge Schicht der herrschenden Klassen. Heute aber trägt das gesamte Volk, dank des allgemeinen Wahlrechts, volle Mitverantwortung, wie für die auswärtige Politik, so vor allem für die innere Politik des Staatswesens.

Dabei ist im Auge zu behalten, daß im letzten Jahrhundert die Aufgaben und Vollmachten des Staates sich gegen früher um das Vierfache vermehrt haben. Mit Rücksicht auf die Interessen des Arbeiterstandes nennen wir nur zwei große neue Aufgaben: die Regelung der Wirtschaftspolitik und der Sozialpolitik. Deutschland hatte 1910 eine Einfuhr von 8,6 Milliarden, eine Ausfuhr von 7,5 Milliarden. Mühsam hat sich Deutschland seine Stellung auf dem Weltmarkte erobern müssen. Davon, ob es diese Stellung nicht bloß wahrt, sondern trotz des verschärften Wettbewerbs anderer Völker sie noch auszudehnen vermag, hängt es ab, ob viele Hunderttausende von Arbeitern in ihrem Vaterlande überhaupt Beschäftigung und Brot finden. Eine unglückliche Wendung in der deutschen Wirtschaftspolitik — und der neue Reichstag wird die Vorarbeiten für die Erneuerung unserer wichtigsten Handelsverträge zu treffen haben — würde vielen Zehntausenden von Arbeitern überhaupt die Möglichkeit nehmen, Arbeit zu finden, und durch die Zerrüttung des Arbeitsmarktes die Arbeits- und Lohnverhältnisse der übrigen gewerblichen Arbeiter in hohem Maße verschlechtern, gar nicht zu gedenken der ungünstigen Rückwirkungen auf unser gesamtes Gewerbe und die ganze Landwirtschaft. Ein Fehlschlag in der deutschen Wirtschaftspolitik machte nicht bloß jeden Fortschritt in der Sozialpolitik unmöglich — die deutschen Arbeiter hoffen noch manche Wünsche an die Sozialreform erfüllt zu sehen —, sondern was bisher in der Sozialpolitik erreicht wurde, wäre zum Teil gefährdet, würde vor allem aber in weitem Maße auf der ganzen Linie unwirksam. Wenn nicht genügende oder nicht lohnende Arbeit vorhanden ist, sind auch die stärksten Gewerkschaften machtlos. Eine gute Wirtschaftspolitik ist eben die unentbehrliche Voraussetzung jeder guten Sozialpolitik.

Aus diesen kurzen Andeutungen schon ergibt sich, welche gewaltigen, nach Milliarden zählenden Wertgüter die deutsche Staatspolitik in Mitverwaltung hat. Wie ist man doch so scharf im Verurteilen, wenn z. B. die Leitung einer Aktiengesellschaft mit einem mehrere Millionen zählenden Kapital leichtsinnig oder fahrlässig vorgeht, und das Unternehmen zum Fall und die Aktionäre um ihr Hab und Gut bringt. Wie tadelt man die Aufsichtsräte, die nicht aufgepaßt oder nicht besonnen gehandelt haben. Wie ganz anders scharfe Worte muß man dann aber finden, wenn man beobachtet, daß breite Wählermassen, welche die Mitleiter und Aufsichtsräte der deutschen Wirtschaftspolitik zu entsenden haben, bei den Wahlen reden und handeln, ohne auch nur daran zu denken, daß die gewählten Abgeordneten und deren Parteien mit falschen Maßnahmen ein ganzes Land ins Unglück bringen können, und zwar ein größeres Unglück, als es selbst durch einen unglücklichen Krieg geschehen würde. Wenn Aktionäre den Aufsichtsrat wählen, verlangen sie von diesem, daß er mit größter Sorgfalt und Behutsamkeit das bisher gesunde Unternehmen fortführe; man wählt deshalb Männer, bei denen man Sachkenntnis und kühle Besonnenheit voraussetzen kann; Draufgänger, vor allem Allerweltswisser und solche, deren Programm es ist, zunächst mal alles Bestehende auf den Kopf zu stellen, weist man verächtlich beiseite. Man verpflichtet die Aufsichtsräte, jeden neuen Reformplan erst zehn- und zwanzigmal zu prüfen und neue Maßnahmen, wenn man sie für erfolgversprechend hält, erst im kleinen auszuprobieren. Ist es demgegenüber nicht unverantwortlich, wenn z. B. die Sozialdemokratie nicht bloß unsere deutsche Wirtschaftspolitik in Grund und Boden verdammt und lieber heute wie morgen einen ganz entgegengesetzten Weg eingeschlagen sehen möchte? wenn sie überhaupt alles und jedes in der bestehenden Gesellschaftsordnung restlos in Grund und Boden verurteilt, stets Oppositionspolitik treibt, die Klassen gegeneinander verhetzt und am Ende gar allen Ernstes als ihr einziges Ziel hinstellt, die Mehrheit im Reichstag und damit die Klinke der Gesetzgebung in die Hand zu bekommen, um dann eine ganz neue Gesellschaftsordnung aus dem Boden zu stampfen? So etwas zu wollen, haben sich die genialsten Eroberer, die größten Staatsmänner nie im Traum einfallen lassen. Um das verwickelte Getriebe unseres Wirtschafts- und Gesellschaftslebens in Ordnung zu halten, bemühen sich Millionen fähige Köpfe in sorgfältiger Kleinarbeit. Würden die Genossen hierzu fähig sein? Bieten sie irgendwie die Gewähr es besser machen zu können? Nein! Alle Achtung vor der Kenntnis der Arbeitsverhältnisse, die manche sozialdemokratische Abgeordnete aufweisen. Manche kennen sich auch in den Gesetzesbestimmungen aus, soweit sie die Arbeiter betreffen. Aber sofern es sich um Fragen des großen Wirtschaftslebens handelt, ist die Weisheit sehr gering, die die Genossen vorzutragen haben. Daß Sozialdemokraten einen Zigarrenladen, eine Gastwirtschaft, einen Konsumverein oder eine Buchdruckerei mittlern Umfangs verwalten, ist der einzige wirtschaftliche Befähigungsnachweis, den diese Leute aufweisen. Sie berufen sich zwar darauf, daß ihre Stubengelehrten das Wesen der kapitalistischen Wirtschaft restlos ergründet hätten. Sie nennen uns Karl Marx und sagen, daß es klar bewiesen sei, wie die kapitalistische Wirtschaftsordnung naturnotwendig in den Sozialismus hineinwachse. Und dabei haben Parteigenossen aus den eignen Reihen längst zugeben müssen, was die sonst von den Sozialdemokraten verhimmelte Wissenschaft von Anfang an dargetan hat, daß die meisten Voraussetzungen für die Folgerungen des Erfurter Programms durch die Entwicklung der Dinge als falsch erwiesen seien. Trotzdem schleppen sie ihr Erfurter Programm weiter in die Agitation mit sich und halten an der falschen Politik fest, die auf jenen falschen Voraussetzungen einst aufgebaut wurde.

Haben wir da nicht recht, wenn wir als ersten Leitsatz, den die Arbeiter bei ihrer Stellungnahme zur Staatspolitik vor Augen halten müssen, den einen in den Vordergrund stellten, daß sie zunächst einmal sich klarmachen müssen, welche große Verantwortung auch für das eigne Wohl, ja für die Sicherheit ihrer Existenz die Arbeiter auf sich laden, wenn sie über die großen Fragen unserer Staatspolitik, insbesondere der Wirtschafts- und Sozialpolitik mit entscheiden müssen. Mit Recht können wir sagen, daß es sich da um die Existenz der Arbeiter handelt, denn den besitzlosen Arbeiter trifft Mangel an Arbeitsgelegenheit oder Mangel an lohnender Arbeit viel härter, wie böse Zeiten die selbständige erwerbstätige Bevölkerung in der Landwirtschaft, im gewerblichen Mittelstand in Mitleidenschaft ziehen, gar nicht zu reden von den sogenannten besitzenden Klassen, die über ein mehr oder minder beträchtliches Vermögen verfügen. Und wenn leider die Sozialdemokratie große Massen unaufgeklärter Arbeiter durch Verhetzung in ihren Bann gezogen hat, dann fällt nunmehr die ganze Verantwortung für eine gedeihliche staatspolitische Regelung der Arbeiterinteressen mit ganzer Wucht auf die christlichen Arbeiter, die ehrlich daran arbeiten, Schritt für Schritt Einfluß auf die Gesetzgebung zu gewinnen, um gleichberechtigt neben den übrigen Ständen auf die Staatspolitik einzuwirken zum Wohle der Gesamtheit und damit auch zum Wohle der Arbeiter. Seien wir darum unserer Pflicht stets bewußt.

Studentische Arbeiterunterrichtskurse.

sk. **Immer mehr wächst das Interesse der Studentenschaft für die in die Ferien fallenden heimatlichen Arbeiterkurse, in denen handarbeitenden Volksgenossen seitens der Studentenschaft Gelegenheit zur unentgeltlichen Weiterbildung geboten wird.**

In den „Sozialen Studentenblättern" Nr. 5/6 1911 schreibt über solche Kurse Erich Kutzner: „Zehn Jahre sind es jetzt etwa her, daß ein Häuflein Studenten der Charlottenburger Technischen Hochschule den Versuch unternahm, studentische Arbeiterunterrichtskurse ins Leben zu rufen. Auf die damals erlassenen Aufrufe meldeten sich im ganzen 12 Studenten und 120 Arbeiter. Das war wenig, aber der Anfang war gemacht. Es zeigte sich sehr bald, daß alle theoretischen Bedenken, die gegen ein derartiges Beginnen aus den verschiedensten Kreisen geltend gemacht wurden, in der Praxis in nichts zerfielen. Die Professoren hatten gefürchtet, der Unterricht würde die Studenten zu sehr vom Studium ablenken. Tatsache wurde, daß es gerade die besten und wissenschaftlich strebsamsten Elemente waren, die sich an diesem Unternehmen beteiligten. Pädagogen hatten das Bedenken geäußert, der Student würde im Lehramte, da ihm die theoretische Vorbildung abginge, elend Schiffbruch erleiden. Tatsache wurde, daß der jugendliche Idealismus und Eifer spielend all die Hindernisse nahm, die den Berufslehrer infolge wachsender Abstumpfung so oft zu Fall bringen. Sozialpolitiker

hatten behauptet, das Unternehmen müsse an dem sozialen Kontrast zwischen Studenten und Arbeitern zugrunde gehen. Tatsache wurde, daß sich hier im gemeinsamen Streben ein Einvernehmen entwickelte, wie man es anfangs kaum zu erhoffen gewagt hatte. So wurde denn die Erscheinung erklärlich, daß die Arbeiter nicht nur in der Mehrzahl im nächsten Semester zu den Kursen wiederkehrten, sondern auch in ihren Kreisen eifrig für das Unternehmen propagierten, was ein rapides Wachsen der Besuchsziffer zur Folge hatte. Aber auch in studentischen Kreisen wirkte jener erste glückliche Versuch bahnbrechend.

Dem Vorbilde der Charlottenburger Technischen Hochschule folgte im Jahre 1904 die Berliner Universität. Und nachdem die Bewegung so erst einmal zwei feste Stützpunkte gewonnen hatte, gab es in ihrer Verbreitung keinen Halt mehr. Die drei folgenden Jahre genügten, um sie über ganz Deutschland zu verbreiten. Heute gibt es fast keine Universität, keine technische Hochschule, keine Handelshochschule mehr, an der nicht studentische Arbeiterunterrichtskurse bestehen. Die vor einigen Jahren ins Leben gerufene Zentralstelle umfaßte nach ihrem letzten Berichte 23 Verbände mit etwa 900 unterrichtenden Studierenden und 7- bis 8000 Arbeitern. Man sieht schon rein äußerlich: für ein Werk, das nur von Studenten ins Leben gerufen ist, nur von Studenten verwaltet und geleitet wird, ein nicht unbeträchtlicher Erfolg. Es widerlegt am besten die Phrase, daß der Student nicht fähig sei, etwas Positives zu schaffen.

Aber nun von den äußern Erfolgsziffern zu dem innern Wert der Bewegung. Viele Leser werden hier zunächst nichts als die Aufforderung zu einem altruistischen Werke sehen. Werden glauben, daß man von ihnen ein Geschenk für die Arbeiterschaft verlange. Denn selbstverständlich ist der Unterricht und die Verwaltung in diesen Kursen Ehrenamt, d. h. weder den als Lehrer noch den im Vorstand tätigen Studierenden wird eine materielle Entschädigung geboten. Hierdurch ist es nebenbei möglich geworden, den Unterricht derartig billig zu gestalten, daß auch wirklich die armen und unbemittelten Volksklassen in der Lage sind, daran teilzunehmen. Im Durchschnitt begnügt man sich mit einem Semesterbeitrage von 50 Pfg. zur Deckung der Unkosten, was für die Unterrichtsstunde ein bis zwei Pfennige ausmacht. Aber trotzdem wage ich zu behaupten, daß der Student hier, wenn er es sich auch anfangs einbilden mag, in seiner Weise den Arbeitern ein Geschenk, eine Wohltat entgegenbringt. Zwei, drei Monate Lehrtätigkeit werden meist genügen, ihn davon zu überzeugen, daß die geringen Opfer, welche er bringt (man verlangt von jedem Mitarbeiter nur, daß er an einem Abend der Woche unterrichtet), reichlich aufgewogen werden durch das, was er selber an Kenntnissen gewinnt. Allerdings handelt es sich hier nicht um Werte, die mit Gewicht und Elle gemessen werden können, nicht um Kenntnisse, mit denen man prompt beim Examen paradieren kann.

Aber das, was der einzelne an Lebenskenntnis, Erfahrung und Ueberblick besitzt, wird deshalb nicht minder wertvoll, weil uns exakte Maßstäbe hierfür fehlen. Gerade der Techniker und Ingenieur wird es im spätern Leben als einen großen Vorteil betrachten, wenn er durch eine gute soziale Schule gegangen ist. Einsichtige Sozialpolitiker haben oftmals betont, die Kluft zwischen den einzelnen Bevölkerungsklassen sei heute schon so groß, daß man sagen könne, die obern und die untern Schichten sprächen zwei verschiedene Sprachen, von denen jede die andere nicht verstände. Diese Erfahrung muß oft genug auch der in der Praxis tätige Ingenieur machen, den sein Beruf allerthalben mit der Arbeiterschaft in Berührung bringt. Der Gebildete weiß oft gar nicht, woran es liegt daß er mit dem ihm unterstellten Arbeiter in kein rechtes Verhältnis kommen kann. Er ahnt kaum, wieviel hier durch Mißverständnisse, falsche Behandlung und ähnliches unabsichtlich verdorben wird.

Gerade das zwanglose, von keinerlei Abhängigkeitsverhältnissen gestörte Zusammensein in den Arbeiterkursen macht es aber dem Studierenden möglich, den Charakter des Arbeiters ohne jede Verzerrung kennen zu lernen und sich ein richtiges Bild von seinem Tun und Denken zu verschaffen. Aber noch mehr. Ihm enthüllen sich jetzt auch diejenigen Eigentümlichkeiten des Arbeiterschicksals, welche die psychologischen Vorbedingungen zu der heutigen Organisation der Arbeiterschaft ausmachen. Besonders für den Studierenden, der schon während seiner Studienzeit die wirtschaftlichen Grundlagen und Interessen seines zukünftigen Berufs mit Eifer verfolgt, wird diese Erweiterung seines Gesichtskreises von hervorragender Wichtigkeit sein. Denn sie wird dazu dienen, ihm die moralischen Wirkungen der Organisation handgreiflich vor Augen zu führen.

Wie vielfach ist gerade in akademischen Kreisen das Vorurteil verbreitet, die Organisationen übten auf die Arbeiterschaft einen nivellierenden Einfluß aus, hemmten die Tüchtigen, hinderten die Entfaltung der Persönlichkeit und schränkten die Freiheit des einzelnen ein. Wie ganz anders sieht es in der Wirklichkeit aus! Da lernt der Student mit Erstaunen begreifen, was den Organisierten vom Nichtorganisierten trennt; die klare und sichere Zielbewußtheit, das Bewußtsein, Mitangehöriger einer Macht zu sein, von der er selber zwar nur einen winzigen Bruchteil bildet, die ihn aber nichtsdestoweniger respektiert und ihres Einflusses teilhaft werden läßt.

Man kann sagen, daß diese Erkenntnis das geistige Rückgrat und den inneren Halt des heutigen organisierten Arbeiters bildet. Sie hat ihn befähigt, die Abzeichen der Demut und Unterwürfigkeit von sich zu werfen, sie gibt ihm die Kraft, weiter zu streben und sich über seine alltägliche Existenz höhere Kulturideale aufzubauen. Und wenn der Studierende dies einzusehen gelernt hat, dann fängt auch für ihn der praktische Nutzen an. Dann erschließt sich ihm die Welt des sozialen Geistes, dann öffnen sich ihm die Probleme und Ausblicke unseres kulturellen Fortschritts. Dann lernt er die Stellung eines Standes in dieser ungeheuern Vorwärtsbewegung richtig einzuschätzen, und damit die Mittel zu achten, die auch ihn in dem Ringen der Kräfte vorwärtsbringen: „Organisation und soziales Empfinden".

Von unserem holländischen Bruderverbande.

Die „Unitas" ist die Organisation der Textilarbeiter der Niederlande auf christlicher Grundlage. Sie nimmt Textilarbeiter katholischen und evangelischen Glaubens auf, hat also einen interkonfessionellen Charakter, gleich den deutschen christlichen Gewerkschaften. Am zweiten Weihnachtstage hielt sie in Arnheim ihre ordentliche Generalversammlung ab. Die „Unitas" gehört der „Internationalen Vereinigung christlicher Textilarbeiterorganisationen" seit Gründung derselben an. Mit ihr verbinden uns also Bande treuer Waffenbrüderschaft und Solidarität, soweit dieses auf dem Boden unserer internationalen Vereinigung möglich und notwendig ist. Aber nicht aus diesem Grunde allein hatte unsere Verbandsleitung einen Vertreter zu der Tagung entsandt, sie ließ sich dabei auch von der Absicht leiten, unseren holländischen Freunden zu bekanden, daß der Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands und mit ihm die übrigen Organisationen der internationalen Vereinigung für die außerordentlich schwierige Lage des „Unitas"-Verbandes volles Verständnis haben und treu und entschlossen hinter den holländischen Kollegen stehen. Diese Solidaritätsbekundung war nach Lage der Dinge notwendig. Als Kollege Heutmann sie als Vertreter unseres Verbandes der Generalversammlung zum Ausdruck brachte, fand er dafür den jubelnden Beifall sämtlicher Delegierten.

Der langjährige und erprobte Vorsitzende des holländischen Bruderverbandes, der das Verbandsschifflein leitete, als es auf ruhiger See schnell und sicher dahinschoß, der es steuerte, als der Sturm die Wogen turmhoch peitschte, Kollege Verveld, leitete die Verhandlungen. Er erstattete auch den Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr. Man darf bei Beurteilung des Berichtes keinen deutschen Maßstab anlegen. Die Ausdehnungsmöglichkeit des christlichen Textilarbeiterverbandes in Holland ist nicht besonders groß. Die ganzen Verhältnisse liegen hier anders als bei uns. Und die Berichterstattung stand unter dem Eindruck der heftigen Befehdung von starken und einflußreichen Gegnern. 600 Neuaufnahmen hat der Verband im vergangenen Jahre machen können. Denen stehen zwar Austritte gegenüber, aber der Mitgliederbestand ist mit 3100 höher als im Vorjahre. Das ist ein Zeichen innerer Kraftigkeit der „Unitas", ein Zeichen dafür, daß der interkonfessionelle Gewerkschaftsgedanke unter den Textilarbeitern der Niederlande trotz alledem Wurzeln gefaßt hat. Die Einnahmen und Ausgaben schlossen ab mit einer Summe von 16314,65 Gulden (1 Gulden ist rund 1,70 M.), das Vermögen betrug Ende November 1911 rund 9000 Gulden = 15000 M. Die Ausgaben für Unterstützungen verschlingen eine immer größer werdende Summe, darunter namentlich die Krankenunterstützung.

Darum nahm auch die Frage, wie die Zentralkasse gestärkt werden könne, einen großen Raum in den Verhandlungen ein. Es wurde beschlossen, eine höhere Beitragsklasse einzuführen und im neuen Geschäftsjahr eine intensive Propaganda für Eintritt in die höhere Klasse zu entfalten. Die Delegierten versicherten ferner, den Punkt „Festigung der finanziellen Kraft des Verbandes" nicht aus dem Auge zu verlieren und eventl. einer späteren Generalversammlung mit Vorschlägen zu kommen. Ein Antrag, für den Verband einen weiteren Beamten anzustellen, der besonders für das Verbandsorgan mitarbeiten könnte, wurde dem Zentralvorstande zur Erledigung überwiesen. Dann wurde eine Kommission gewählt, die die Pensionsverhältnisse der Beamten des Verbandes regeln soll. Mit Rücksicht auf die Teuerung wurde eine Gehaltsregulierung für die Beamten beschlossen. Dann nahm der Verbandstag einen Antrag an, der eine kräftige Förderung der fachgewerblichen Ausbildung der Mitglieder verlangt.

Im zweiten Teile der Verhandlungen fand eine Besprechung der allgemeinen Lage des Verbandes statt, die zu einer regen und für den Fremden sehr interessanten Diskussion Anlaß gab. Die Stellung des christlichen Verbandes zum Unternehmertum, zu den gegnerischen Organisationen usw. kam dabei zur Sprache.

Es ist ein kampfdurchglühter Boden, auf dem unsere christliche Schwesterorganisation in Holland auf- und weiterbauen muß. Die Gegenarbeit von seiten der Anhänger der katholischen Organisationsbewegung wurde gerade im Berichtsjahre mit besonderer Heftigkeit betrieben. Vor wenigen Wochen noch hat der holländische Episkopat erneut in einer öffentlichen Kundgebung darauf hingewiesen, daß er „von den ihm unterstellten kath. Arbeitern" erwarte, daß sie sich der katholischen Berufsorganisation anschlössen. Nun ist die „Unitas" eine alte, in langjähriger Arbeit erprobte Interessenvertretung der Textilarbeiter, sie hat zahlreiche Mitglieder, die ganz mit ihr verwachsen sind und sich durch Zugehörigkeit zu diesem Verbande eine Reihe von Rechten erworben haben. Es gibt ferner weite Kreise der holländischen Arbeiterschaft und auch der bürgerlichen Bevölkerung, die für die holländischen Verhältnisse ein Zusammengehen von Katholiken und Protestanten auf einem gemeinsamen Boden in der Gewerkschaftsbewegung für zweckmäßig und durchaus notwendig halten. Diese ganz gewiß nicht kleinen Kreise meinen nun, dem Wunsche ihrer Bischöfe in dieser weltlichen Frage nicht nachkommen zu können. Die Spannung zwischen beiden „Richtungen" wäre aber nicht so groß, wenn diejenigen, die die Aus- und Durchführung der bischöflichen Wünsche übernommen haben, etwas loyaler vorgingen. Diese verhindern ein gedeihliches Nebeneinanderarbeiten und zerstören auch schließlich jede Möglichkeit, zu einer friedlichen Verständigung zu kommen. Die Durchführung ihrer Bestrebungen geschieht mit durchaus untauglichen und zum Teil sogar unanständigen Mitteln. Ihr Kampfplatz ist nicht immer das offene, freie Feld, sondern oft genug die versteckte Hinterlist. Aus zwei Orten wurde sogar von einigen groben Mißbräuchen der kirchlichen Einrichtungen berichtet, wodurch brave, treue Katholiken in arge Gewissenskonflikte hineingetrieben wurden. Und mit schmerzhaftem Groll gab ein Delegierter seiner Meinung dahin Ausdruck, daß es sich „auf der anderen Seite" nicht mehr um einen Streit um die Meinung, sondern lediglich noch um einen Kampf um die Macht handele. Sie wolle nicht aufbauen, sondern nur niederreißen.

Die Delegierten und die Verbandsleitung kamen sich schließlich darin überein, in Zukunft die Polemik mit den „Konfessionellen" auf das dringend notwendige Maß zu beschränken. Man wolle sich mit ihnen möglichst wenig beschäftigen. Dagegen sollen alle Verbandskräfte intensiv angespannt werden in der Arbeit für den inneren und äußeren Ausbau der „Unitas". Allein in der praktischen Arbeit sieht die Verbandsleitung den Erfolg. Damit sind unsere holländischen Freunde auf dem allein richtigen Wege.

In diesem Sinne war auch die Schlußansprache gehalten, die der Vorsitzende des christlich-nationalen Fachverbandes in Holland (Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Hollands), Kollege Diemer, hielt und die lebhaften Beifall bei allen Anwesenden auslöste. Kollege Verveld schloß den Verbandstag mit Ausdrücken froher Hoffnung, trotz alledem und alledem.

Wir können von diesen Holländern viel lernen: Mut, Ausdauer, feste, sich stets gleichbleibende Entschlossenheit, zähes Festhalten an dem einmal für wahr und recht erkannten.

Wie man sich in Nord-Amerika die „Lösung" der „Baumwollfrage" denkt.

Bei der Frage der Rohstoffbeschaffung für die enorm gewachsenen Bedürfnisse der Baumwollindustrie spricht natürlich die nordamerikanische Union ein gewichtiges Wörtlein mit. Sie hat in den Südstaaten große Flächen unter Baumwolle stehen und versorgt den Weltbedarf zu rund zwei Drittel. Speziell für den Baumwollverbrauch Deutschlands ist der Anteil noch größer. Die großen Nachteile dieser Abhängigkeit von Amerika haben sich oft genug gezeigt. Die letzte große Krisis, die ja heute noch nicht ganz überwunden ist und die am härtesten die Textilarbeiter traf, ist letzten Endes zurückzuführen auf die Abhängigkeit der deutschen Baumwollindustrie in ihrer Rohstoffbeschaffung von Nordamerika.

Die Suche nach Mitteln zur Behebung, bezw. Milderung, dieser Abhängigkeit hat in Deutschland nach den afrikanischen Kolonien geführt. Die deutsch-koloniale Baumwollzucht sollte nicht das, sondern nur ein Mittel sein, uns von dem Joche der Vereinigten Staaten zu befreien. Unser Verband hat, wie es seine Pflicht war, nach besten Kräften in dieser Sache mitgearbeitet. Das hat ihm den Zorn des Organs des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes eingetragen. Es spie Gift und Galle und stellte es gewissermaßen als ein Verbrechen hin, daß wir „die Groschen aus den Taschen des arbeitenden Volkes holen, um kapitalistische, von vornherein verfehlte Unternehmungen" zu unterstützen. Der „Textilarbeiter" mußte so schreiben, weil er als getreuer Nachbeter seiner radikalen Parteiführer grundsätzlicher Gegner jeder Kolonialpolitik sein muß. Er vertrat die Auffassung, daß uns Nordamerika genügend Baumwolle liefern könne; es sei eine Kleinigkeit, dort mehr Baumwolle zu verbauen. Es ist interessant zu wissen, auf welche „Autorität" sich dabei der „Textilarbeiter" stützt, nämlich auf einen — Amerikaner, der natürlich die deutschen Baumwollzuchtbestrebungen mit scheelen Augen ansieht.

Dieser Amerikaner, Hobbs mit Namen, stellte unlängst eine Berechnung auf, daß die Welt anstelle der im Jahre 1909/10 verbauten 17 Millionen Ballen Baumwolle, 42 Millionen Ballen benötige, wenn alle Menschenkinder, die ganzen 1500000000 Erdenbewohner, völlige Kleidung trügen. Heute seien erst 500 Millionen Menschen halbwegs gekleidet.

Hobbs zieht das Anwachsen der Bevölkerung unserer Erde gar nicht in Betracht, er rechnet ferner nicht mit dem Steigen der Ansprüche der heute schon ganz gekleideten Menschen, er rechnet ferner nicht mit dem wachsenden Bedarf an Baumwolle zu anderen als zu Kleidungszwecken. Und daß es sich hier um ganz beträchtliche Rechnungen handelt, geht daraus hervor, daß das chinesische Riesenreich bei richtiger Zivilisation die

ganze Baumwollernte der amerikanischen Südstaaten und noch mehr verbrauchen würde. Der Baumwollverbrauch für gewerbliche Zwecke ist so enorm gewachsen, daß heute der Baumwollbedarf der Eisen- und Straßenbahnen der Union auf 1 Mill. Ballen geschätzt wird.

Hobbs, der vielleicht ein Interesse an der amerikanischen Baumwollspekulation hat, knüpft an seine Berechnung die Behauptung, das alles könne Amerika befriedigen. In den Südstaaten der Union stände erst ein Drittel des für Baumwolle geeigneten Bodens unter Anbau. Die Entwicklung des amerikanischen Baumwollbaues hänge lediglich ab von der Vergrößerung des Areals für Baumwollzwecke und von der Anwendung wissenschaftlicher Kulturmethoden. Land, Wissenschaft und Kenntnis hätten die Amerikaner in Hülle und Fülle; die im Uebermaß vorhandenen Schätze müßten nur gebraucht werden, und Amerika würde 50 Mill. Ballen Baumwolle liefern. So der Amerikaner Hobbs.

Der „Textilarbeiter" war damals ganz entzückt. Er druckte die Berechnungen Hobbs mit dem üblichen Kommentar, mit den bei ihm unvermeidlichen Uebertreibungen und dem obligaten Hieb auf uns ab. Was man wünscht, das glaubt man bekanntlich gerne; so zweifelt auch der „Textilarbeiter" mit einer bewunderungswürdigen Naivität keinen Augenblick an der Verwirklichung der Hobbschen Darlegungen, die übrigens schon vor mehreren Jahren in einer amerikanischen landwirtschaftlichen Zeitschrift zu lesen waren. Für den „Textilarbeiter" ist Amerika auch in der Baumwolle „das Land der unbegrenzten Möglichkeiten". Darum sei es

„geradezu Frivolität, den armen deutschen Textilarbeitern die paar Hungergroschen noch abzunehmen, um sie bei erfolglosen Experimenten der Kolonial-Aktiengesellschaften in die Taschen der Gründer und Beutelschneider verschwinden zu lassen". Bei einer so leicht möglichen Steigerung der amerikanischen Baumwollgewinnung und dem Bestreben der Amerikaner, den Löwenanteil an der Versorgung der Baumwollindustrie mit Rohstoff nicht aufzugeben, würde die Experimentation mit Baumwollsamen in den deutschen Kolonien auf keinen grünen Zweig kommen.

Unsere Aufsätze über die Baumwollfrage nannte er „oberflächliches Gekrätsche". Wir nehmen das dem dummen, aufgeblasenen Schwätzer gar nicht krumm. Im Gegenteil, seine gespreizte Wichtigtuerei und berlinerische Großmäuligkeit ist possierlich, sintemalen er sich dabei so oft blamiert und nachgerade anfängt, sich mit seinen „volkswirtschaftlichen Kenntnissen" gründlich lächerlich zu machen. Er bewies ja mit seinem Kommentar zu den Hobbschen Schilderungen auch nur, daß er wenig denkt und seinen unwissenden Lesern mit einigen nichtssagenden Phrasen und Schlagwörtern den Blick vor dem wirklichen Stand der Dinge verschließen möchte.

Die Hobbschen Behauptungen, daß die Amerikaner ihren Ertrag an Baumwolle von durchschnittlich 13 Mill. auf 50 Mill. Ballen steigern können, soll gar nicht abgestritten werden. Aber es hat doch durchaus keinen Wert, sich in das nebelhafte Gebiet rein theoretischer Möglichkeiten zu verirren. Der deutschen Textilindustrie und ihrer Arbeiterschaft ist dadurch nicht geholfen. Und es wäre ein verhängnisvoller Fehler, wenn die interessierten Kreise in Deutschland von der Pflege kolonialer Baumwollzucht absehen wollten in der Hoffnung auf die Verwirklichung Hobbscher Schönfärbereien. Es ist denn auch nur der „Textilarbeiter" darauf hereingefallen. Denn es handelt sich für den Menschen mit praktischem Sinn und Wollen nicht um die Frage, ob die Amerikaner 50 Mill. Ballen liefern können, ob sie auf der jetzt unter Anbau stehenden Fläche den doppelten Ertrag ziehen können, sondern darum, ob sie es tun werden, ob sie die Anbaufläche so vergrößern werden, daß der Ertrag dem wachsenden Konsum folgt und auch die Baumwollpreise entsprechend gleich bleiben und nicht zu hoch gehen. In der Hinsicht vermögen wir uns nicht zu dem lebendigen Glauben des „Textilarbeiters" aufzuschwingen.

Und selbst, wenn die amerikanischen Bauern ihre Anbaufläche vergrößern und wissenschaftliche Kulturmethoden anwenden würden, die gewaltigen Nachteile, die für die deutsche Textilindustrie in der Abhängigkeit von einem Produktionsland liegen, wären dadurch absolut nicht aus der Welt geschaffen. Die schädlichen Folgen der Ernteschwankungen, der Unterbindung der Baumwollzufuhr durch Kriege, innere Unruhen, Ausfuhrverbote, Eigenverbrauch usw. blieben bestehen. Die Abhängigkeit begünstigt ferner die Vereinigung der Produzenten zum Zwecke hoher Preisforderungen, begünstigt die Kartell- und Ringbildung und namentlich die wucherische Spekulation.

So meldet der deutsche Konsul unterm 23. Nov. 1911 aus Orleans:

„Wie verlautet, ist in New York ein Fonds von 50 000 000 Dollar sichergestellt, der den Südstaaten unter Mitwirkung der Gouverneure und staatlichen Komitees zur Verfügung gestellt werden soll, um Baumwolle aus dem Markte zu halten. Der Plan, dessen Verwirklichung von der Haltung der Pflanzer abhängen würde, geht in seinen vorläufigen Grundzügen dahin, dem Pflanzer auf seine Baumwolle 5 Dollar für einen Ballen vorzuschießen; die Baumwolle soll dann aus dem Markte gehalten werden, bis der Preis auf 12 Cent für das Pfund steigt, und sie muß verkauft werden, wenn er auf 13 Cent steigt. Dem Pflanzer soll das Recht gewahrt bleiben, den Verkaufspunkt vor dem 1. Januar 1913 zu bezeichnen; er hat keine Vorschüsse für Zinsen und dergleichen zu zahlen, sondern entrichtet eine Gebühr von 1 Dollar für 1 Ballen, um die Kosten der Klassierung und weiteren Behandlung zu decken."

Warum solche Maßnahmen? Infolge der Baumwollknappheit 1911 haben die Baumwollbauern in dem Jahre hohe Preise für ihre Waren bekommen. Sie haben für die folgende Ernte größere Flächen unter Anbau gestellt, die Witterung war gut, sodaß eine reiche Ernte die Arbeit segnete. Nun sanken die Preise natürlich. Das hatte zur Folge, daß viele Farmer im Vorjahre für die geringere Ernte mehr Geld erhielten, als jetzt für die größere, die jedoch für sie mehr Arbeit und Unkosten brachte. Der amerikanische Baumwollfarmer hat natürlich gar kein Interesse an niedrigen Preisen. Um die Ware hoch zu halten, werden nun mit Hilfe der Regierungen allerlei spekulative Manöver ins Werk gesetzt. Die deutsche Textilindustrie und die deutsche Textilarbeiterschaft bezahlen einen Teil der Kosten mit. Denn jede Erhöhung des Pfunds Baumwolle um 20 Pfennige kostet uns jährlich 160 Millionen Mark, abgesehen von den Verlusten durch Konjunkturschwankungen, die mit solcher Preiserhöhung verbunden sind.

Und nun sind die amerikanischen Baumwollfarmer daran, mit allen Mitteln ihre Baumwolle im Preise zu treiben. Sie sind gut organisiert und finden die tatkräftige Hilfe der Regierungen. Sie sagen, daß der jetzige Preis nicht mehr die Kosten des Farmers decke. Das „Mißverhältnis zwischen Produktionskosten und Verkaufswert" habe allmählich zu der Ueberzeugung geführt, daß Abhilfe geschaffen werden müsse. Auf Betreiben des Gouverneurs des Staates Texas und des ihm zur Seite stehenden Herausgebers des „Fort Worth Record", Clarence Onsley, wurde die Einberufung einer Baumwollkonferenz der Gouverneure der Südstaaten nach Neuorleans angeregt, die am 30. und 31. Oktober stattgefunden hat. Auf ihr waren die Gouverneure der Baumwollstaaten teils persönlich anwesend, teils haben sie besondere Vertreter entsandt; außerdem waren die Baumwollkreise und die Bankwelt zahlreich vertreten.

Aus den in der Konferenz zur Annahme gelangten Vorschlägen usw. sind folgende Punkte hervorzuheben:

1. Die Baumwollpflanzer sollten ihre Baumwolle solange vom Markte fernhalten, bis angemessene Preise geboten werden.
2. Die Pflanzer sollten dem Beispiel von Louisiana folgen und zum Fruchtwechsel (diversification of crops) übergehen.
3. Es sollten staatliche Lagerhäuser gebaut und von diesen für die eingelieferte Baumwolle Lagerscheine ausgegeben werden, die begebbar sein müssen (negotiable receipts).
4. Das System der von der Bundesregierung ausgegebenen Ernteberichte müßte so ergänzt werden, daß auch Zusammenstellungen über den Weltbedarf an Baumwolle veröffentlicht würden.
5. Die Baumwollspekulanten sollten verfolgt werden.
6. Der Kongreß sollte ein Gesetz zur Regulierung des Terminhandels und zur Beseitigung seiner Auswüchse erlassen.
7. Jeder Gouverneur sollte von den Baumwollpflanzern seines Staates das schriftliche Versprechen einfordern, daß sie die Anbaufläche für Baumwolle im Jahre 1912 um 25% gegen 1911 verringern werden.
8. In den Entwurf eines Bundesgesetzes über die Umlaufmittel sollte eine Bestimmung aufgenommen werden, wonach unter die zur Deckung geeigneten Handelspapiere auch solche aufgenommen werden, die auf Grund von Baumwolltransaktionen ausgestellt sind.
9. Es besteht seitens einer Gruppe von Großkapitalisten die Absicht, 2000000 Ballen Baumwolle neuer Ernte aufzukaufen und sie solange aus dem Markte herauszuhalten, bis die Preise gestiegen sind.
10. Es soll eine dauernde Organisation der Gouverneure geschaffen werden, die über die Frage der Preisbildung Fühlung halten soll.

Dieser großzügige Plan, der auch einige recht vernünftige Vorschläge enthält, wird zwar nicht so bald verwirklicht werden können, aber er zeigt uns doch, wohin die Dinge steuern und was wir von einer „bedeutenden Erweiterung der amerikanischen Baumwollfläche und einer großen Steigerung ihres Ertrages" zu erwarten haben. Der Glaubensdusel des „Textilarbeiters" wird dadurch jedenfalls arg erschüttert werden. Für uns zeigen diese Dinge, wie recht wir daran tun, uns von Amerika unabhängig zu machen, auch durch die Pflege der Baumwollkultur in unseren Kolonien.

„Textilarbeiter" und Schutzzoll.

Das Organ des sozialdem. Textilarbeiterverbandes fühlt sich von unseren Notizen über die Notwendigkeit eines Zollschutzes für Industrie und Landwirtschaft arg auf die Zehen getreten. Es macht seinem Schmerz gleich in zwei mehrspaltigen Artikeln Luft und schimpft unter Aufwendung seines nicht geringen Kraftwörterbuchs wie ein Berliner Marktweib auf die verruchte „Textilarbeiter-Zeitung". Die Artikel bilden ein Konglomerat von Unrichtigkeiten, Unwahrheiten, von Widersprüchen und Entstellungen. Weil Phrasen und Schlagwörter billiger sind, wie Brombeeren und auch weder Wissen noch Denken beanspruchen, wirft er sie haufenweise um sich. Aber es gelingt ihm trotzalledem nicht, das Tranlicht seiner Verteidigung zum Leuchten zu bringen. Mit guten und sachlichen Gründen läßt sich der Standpunkt des „Textilarbeiter" nicht verteidigen. Und durch die Tatsache, daß er nun selbst der Schutzzollpolitik Konzessionen macht, bekundet er nur die grenzenlose Verlegenheit und Jämmerlichkeit seiner „Wissenschaft".

Wir werden in einem späteren Artikel auf das ungegorene Geschreibsel des „Textilarbeiters" zurückkommen und wollen diesmal nur seine Behauptung etwas näher beleuchten, er habe niemals die Abschaffung der Zölle für industrielle Fertigfabrikate gefordert, sondern nur Zollfreiheit für landwirtschaftliche Produkte und für Rohstoffe. Mit dieser Behauptung spricht der Textilarbeiter eine Unwahrheit aus, um seinen schmählichen Rückzug zu verdecken. Die Tatsache, daß es eine sonderbare und undurchführbare Wirtschaftspolitik ist, der Fertigwarenindustrie Schutzzölle zu gewähren, sie der Landwirtschaft und der Halbzeugfabrikation zu verweigern, werden wir in dem angekündigten Artikel nachweisen, heute interessiert uns nur die Unwahrhaftigkeit und der klägliche Rückzug des „Textilarbeiters".

Er will nie für die Wegschaffung der Zölle für Fertigwaren eingetreten sein. In seiner grenzenlosen Verlegenheit weiß der „Textilarbeiter" wohl selbst nicht mehr, was er vertreten hat. In all seinen früheren Artikeln führt er einfach einen Kampf gegen das Schutzzollsystem schlechthin. Er forderte die Beseitigung Calwers von der „freien" Gewerkschaftsschule u. a. deshalb, weil Calwer für den Schutzzoll eintrete. Und in der Nr. 41 vom 13. Oktober heißt es klar und deutlich:

Die einfachste und selbstverständlichste Handelspolitik ist der Freihandel. Er verteuert dem Verbraucher nicht den Bedarf und dem Produzenten nicht den Rohstoff und die Maschinen.

Ganz klar ist auch die Stellung des „Textilarbeiters" in Nr. 37 vom 15. September 1911 wiedergegeben. Da verteidigte er in einer Polemik gegen das „Düsseldorfer Tageblatt" die Genossen Kautsky und Engels gegen die Behauptung des „Tageblattes", die beiden Parteigrößen seien für den Schutzzoll eingetreten. Auf dem Parteitage in Stuttgart 1908 soll Kautsky für die landwirtschaftlichen Zölle eingetreten sein. Dazu sagt der „Textilarbeiter":

„Das ist natürlich gar nicht der Fall, sondern die ganze Frage drehte sich in Stuttgart darum, ob es möglich sei, die Lebensmittelzölle zu beseitigen und die Industriezölle beizubehalten. Das bestritt Kautsky ganz entschieden und es fiel ihm dabei gar nicht ein, unser Schutzzollsystem zu verteidigen oder seine Beibehaltung zu wünschen. Den Eindruck, daß Kautsky das letztere getan habe, sucht aber die Zentrumsleitung zu erwecken und das ist ein Trick, der im kommenden Wahlkampfe wiederkehren dürfte und deshalb hier angenagelt werden soll.

Kautsky schilderte in seinem Korreferat die Entwicklung unserer Industrie und kam zu dem Schluß, sie kann des Schutzzolles entbehren."

Und dann druckt der „Textilarbeiter" zur Begründung seiner Verteidigung die Stuttgarter Resolution ab, die lautet:

„Weil Lebensmittelzölle eine künstliche Verteuerung der notwendigen Lebensbedürfnisse herbeiführen und die Lebenshaltung der arbeitenden Klasse in Stadt und Land herabdrücken, weil bei den heutigen Machtverhältnissen zwischen den herrschenden kapitalistischen Interessen im Deutschen Reich die Industriezölle notwendigerweise mit Lebensmittelzöllen zusammenfallen, weil die Schutzzölle gleichzeitig als Finanzzölle wirken und den Regierungen die reichsten Mittel liefern, den Militarismus zu entwickeln, der ohne die Schutzzölle nie zu seiner jetzigen Höhe hätte gelangen können, erklärt der Parteitag:

Die Schutzzollpolitik im Deutschen Reich wie in jedem Staatswesen entwickelter Großindustrie ist unvereinbar mit den Interessen des Proletariats, der Konsumenten, der ökonomischen und politischen Entwicklung und liegt allein im Interesse der großen Land- und Industriemonopolisten, sowie des Militarismus und der nicht unter demokratischer Kontrolle stehenden Regierungen, also der schlimmsten Feinde des Proletariats und der Demokratie. Es sind dieselben Klassen, die den Arbeiterkoalitionen mit dem Zuchthaus drohen und die Unternehmerkoalition durch den Schutzzoll zusammenschweißen.

Es ist daher geboten, namentlich bei der Erneuerung der Handelsverträge, jeden Schritt im Sinne der Verkehrsfreiheit zu unterstützen, dagegen alle Maßregeln aufs schärfste zu bekämpfen, die auf Erhaltung oder gar Verstärkung des heutigen schutzzöllnerischen Regimes abzielen." —

Die Tatsache, daß Engels schon früher für den Schutzzoll auf Industrieerzeugnisse eingetreten ist, widerlegt der „Textilarbeiter" mit der Redewendung, das sei schon 64 Jahre her, heute seien die Dinge ganz anders. Und dann heißt es zum Schluß, das Angeführte genüge wohl, um zu beweisen, daß die Behauptungen der Zentrumsleute, auch Genossen seien schon für das Schutzzollsystem eingetreten, ebenso unsinnig wie verlogen sei.

Tatsächlich haben auch bei der Beratung des Zolltarifs 1901/02 die Sozialdemokraten bei allen Positionen z. B. für die Krefelder Seidenindustrie Zollfreiheit beantragt.

Und nun kommt der „Textilarbeiter" und sagt, er sei nie für die Abschaffung der Zölle für Fertigwaren eingetreten. Die Behauptung ist unwahr und eine schmähliche Verdeckung eines kläglichen Rückzuges.

Man hätte von dem siebenmal gescheiten „Textilarbeiter" wirklich etwas mehr Klugheit erwarten dürfen. Er hat wohl einsehen gelernt, daß mit seinem Standpunkte vollständiger Zollfreiheit den Interessen der Textilarbeiterschaft wahrhaftig sehr schlecht gedient ist, aber ebenso arbeiterschädigend ist die Forderung des roten Blattes auf Abschaffung der Zölle, die unsere Spinnereien vor der ausländischen Konkurrenz schützen sollen. Man kann über die Höhe der Garnzölle zweierlei Meinung sein, aber gänzliche Zollfreiheit müßte geradezu verheerende Wirkungen namentlich für die Spinnereiarbeiterschaft zur Folge habe. Die „Billigkeit" der Garne würde begründet werden auf den schlechten Lohnverhältnissen dieser Arbeiterschaft. Doch darüber ein anderes Mal. Den Spinnereiarbeitern draußen im Lande muß es gesagt werden, daß das Organ des Verbandes „deutscher" Textilarbeiter die Interessen der Spinnereiarbeiter einem sozialdemokratischen Prinzip zuliebe leichtfertig preisgibt. Wer sich einem solchen Verbande anschließt, arbeitet selber mit an der Untergrabung seiner eigenen Existenz.

Allgemeine Rundschau.

Wesen und Charakter der christlichen Gewerkschaften werden andauernd von den verschiedensten Seiten kritisiert und verdächtigt. Von der Sozialdemokratie werden sie als Schutztruppen der Reaktion, von den Scharfmachern und Gelben als Klassenkämpfer, von den Berliner Fachabteilungen als religiös verflachend, als Vorstufen der Sozialdemokratie verschrien. Von „Sitz Berliner" Seite ist kürzlich wieder eine Tendenzschrift herausgegeben worden, worin diese alten Vorwürfe in hunderterlei Variationen bis zum Ueberdruß wieder aufgewärmt werden. Die „Berliner" Richtung will bekanntlich rein katholische Gewerkschaften, sie behauptet, die christlichen Gewerkschaften trügen ihren Namen „christlich" mit Unrecht, denn sie hätten ihre Grundsätze nie bestimmt formuliert, sie blieben stets damit in einem verdächtigen Halbdunkel. Demgegenüber schreibt Professor Dr. Mausbach in seiner vor kurzem erschienenen Schrift: „Kirchliche Pflichten und bürgerliches Leben" recht zutreffend:

„An eine nähere positive Formulierung dieser Grundsätze sind sie freilich nicht herangetreten; aber welche andere weltliche Berufsorganisation befaßt sich denn mit solchen religiös-sittlichen Kundgebungen? Und daß der Zweck und der Inhalt der Gewerkschaftsarbeit ein weltlicher ist, liegt doch auf der Hand. Ohne Zweifel haben die Fragen der hohen Politik weit mehr Berührung mit der Religion, als die günstige Gestaltung des Arbeitsvertrages nach Inhalt und Form, worum sich die ganze Tätigkeit der Gewerkschaften dreht. Zudem sind die Grundsätze der Gerechtigkeit und Billigkeit für dieses engbegrenzte Gebiet im allgemeinen klar und einleuchtend, durch die Vernunft und die christliche Seite beider Konfessionen geschützt. Der extreme und fanatische Radikalismus der Sozialdemokratie sorgt außerdem dafür, das einmütige Festhalten auf diesen Grundsätzen zu verstärken. Wenn man die Verbände der Bauern, Handwerker, Industriellen, Aerzte, Juristen, Beamten, Detaillisten usw. bei dem vielfach weitergespannten Rahmen ihrer Aufgabe niemals aus dem Grunde einer Verdunkelung der christlichen Grundsätze beschuldigt hat, weil sie interkonfessionell sind, so kann man den Gewerkschaften, die das Christliche positiv betonen und jede Verletzung der konfessionellen Ueberzeugung verpönen, um so weniger diesen Vorwurf machen." (S. 386.)

Gegenüber den Forderungen der Berliner Richtung nach staatlich sanktionierten Berufsständen und Zwangsschiedsgerichten sagt Prof. Dr. Mausbach:

„Werden aber jene Stände nicht zweifellos auch interkonfessionell organisiert sein, werden staatliche Schiedsgerichte etwa bei ihren Entscheidungen spezifisch katholische Moralgrundsätze zu Rate ziehen, und nicht vielmehr jene rechtlichen und sittlichen Ideen, die auch in den christlichen Gewerkschaften lebendig sind?" (S. 387.)

Gewiß würden sie das, wenn solche Einrichtungen einmal kommen sollten, was für absehbare Zeiten allerdings gänzlich ausgeschlossen ist. Im übrigen hat die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung in dem Streit zwischen christlichen Gewerkschaften und katholischen Fachabteilungen längst das Urteil gesprochen, weshalb es die ersteren auch für ganz überflüssig gehalten haben, auf die vorerwähnte Streitschrift näher einzugehen.

Christliche Grundsätze im Rechtsleben. Der „Courier" (Nr. 53, 1911), das Organ des sozialdemokratischen Transportarbeiterverbandes, gibt einen Artikel über Jugendgerichte von Leopold Katscher in der „Sozialen Revue" im Auszug wieder mit der Vorbemerkung, daß es sich um „eine interessante, von großer Sachkenntnis zeugende Zusammenstellung der Geschichte und seitherigen Entwicklung dieser segensreichen Institution" handele. Am Schluß der Abhandlung des soziald. Gewerkschaftsorgans ist folgendes zu lesen:

„Wir stehen erst am Anfange einer Rechts- und Moralauffassung, die das „Auge um Auge, Zahn um Zahn" aus ihrem Kodex gestrichen hat, um dafür den schon zwei Jahrtausende alten Grundsatz des liebenden Verstehens und Verzeihens zu setzen."

Diese Apologie des Christentums nimmt sich in einem Organ der materialistischen, klassenkämpferischen Sozialdemokratie sehr seltsam aus, ist jedoch ein erneuter Beweis dafür, daß die sozialdemokratische Arbeiterbewegung, trotz ihrer scharfen Kampfstellung gegen die christliche Religion, sich dem Einfluß des Christentums und seiner Lehren nicht entziehen kann. Wer genauer zusieht, stößt immer wieder darauf, wie die sozialdemokratische Bewegung Anleihen beim Christentum macht, um ihr morsches Gebäude zu schützen und die öde Leere im eigenen Innern auszufüllen. Ist es da nicht der beste Weg, die Arbeiterbewegung bewußt auf den Boden der bewährten zweitausend Jahre alten Grundsätze zu stellen und in ihrem Sinne zu wirken, wie es von der christlichen Arbeiterschaft geschehen ist!

Pharisäer. Zu den unangenehmsten und ungenießbarsten Menschen gehören die mit den verabscheuenswürdigen pharisäischen Gewohnheiten. Sie stellen sich immer als die braven, unschuldigen Kinder hin und tragen doch „den Teufel im Tornister", wie ein derber Volksausdruck sagt. Auf sie trifft das Gleichnis in der Bibel zu von dem Manne, der sich vorne in die Kirche stellte, um ja nicht übersehen zu werden, und dann betete: „Herr ich danke dir, daß ich nicht bin wie jene da." Diese Menschen üben auch zur Zeit wieder ihre verachtenswerten Gewohnheiten aus.

Durch einen Vertrauensbruch ist ein Brief in die Presse gekommen, den Kollege Stegerwald an den Verleger der „Kölnischen-Volkszeitung" richtete. In diesem Briefe wird von einer Audienz beim Bischof Korum von Trier gesprochen. Der Brief stammt bereits aus dem Jahre 1908. Er trug einen durchaus vertraulichen Charakter. Kollege Stegerwald hat darin — wie in es solchen vertraulichen Briefen üblich ist — nicht jedes Wort auf die Goldwage gelegt, es hat ihm aber auch ganz ferngelegen, irgend eine Person darin herabzuwürdigen. Der Brief ist ganz mit Rücksicht auf diesen vertraulichen Charakter und unter den Verhältnissen zu beurteilen, die damals zwischen der vielgeschmähten „Köln-M.-Gladbacher" und der „Berliner" Richtung bestanden. Kollege Stegerwald hat dieses in einer Erklärung zu dem Briefe zum Ausdruck gebracht, und jeder loyale Mensch, dem es ehrlich um die Sache zu tun wäre, würde sich damit zufrieden geben.

Im allgemeinen wird denn auch von dem Briefe weiter gar kein Aufhebens gemacht. Aber unseren „Berlinern" ist wieder eine willkommene Gelegenheit zur Befundung ihrer recht pharisäischen Gesinnung gegeben. Der „Berliner" „Arbeiter" druckt den Brief und die Erklärung des Kollegen Stegerwald ab und macht dann dazu folgende Bemerkung.

„Die Charakteristik des hochehrwürdigsten Bischofs von Trier durch Generalsekretär Stegerwald steht unter jeder Kritik. Daß Stegerwald dafür in seiner Erklärung auch nicht ein Wort der Entschuldigung fand, beweist, wie in führenden christlichen Gewerkschaftskreisen Bischöfe beurteilt werden, die fordern, daß sich die Gewerkschaften als solche, die für katholische Arbeiter geeignet sein sollen, gemäß den Grundsätzen der katholischen Kirche betätigen sollen."

Es sind ausgesucht die „Berliner", die eine solche Sprache führen. Aber die Leute, die die Achtung vor der geistlichen Autorität fortwährend im Munde führen, üben sie noch lange nicht praktisch. Es ist allenthalben bekannt, daß sich gerade die „Berliner" der gröblichsten Mißachtung selbst hoher kirchlicher Würdenträger schuldig machen, wenn diese sich nicht ihrem Willen dienstbar machen. Das könnte mit einer ganzen Reihe von Einzelfällen bewiesen werden. Die „Baugewerkschaft" sagt in ihrer letzten Nummer, daß ihr eine führende Persönlichkeit geistlichen Standes von „Sitz Berlin", bekannt sei, die erst vor einigen Wochen einem christlichen Gewerkschaftler in ziemlich drastischen Worten erklärt habe, Kardinal Fischer habe bei seiner Romreise im vorigen Jahre dem Papste die Unwahrheit gesagt, mit anderen Worten, er habe gelogen. In Holland gehen die katholischen Fachabteiler mit der Behauptung agitieren, Kardinal Fischer habe einem holländischen Bischofe gegenüber erklärt, er tue ganz Recht, wenn er für katholische Gewerkschaften eintrete, er habe nun in Deutschland einmal die christlichen Gewerkschaften und sich für sie ausgesprochen, da könne er nicht mehr zurück. So bringen diejenigen Leute, die sich immer als die wahren Hüter kirchlicher Autorität aufspielen, die Würdenträger geistlicher Aemter in eine Lage, die eher allem anderen als ihrer Autorität förderlich ist. Die Fachabteiler haben sich bei der ganzen Arbeit für ihre unsinnigen Ideen am allerwenigsten um die geistliche Autorität gekümmert, wenn diese nicht vor dem „Berliner" Karren ziehen wollte.

Die bereits zitierte „Baugewerkschaft" weiß noch einige ganz interessante Einzelheiten mitzuteilen, die die geheimen Wege offen legen, auf denen die „Berliner" zu ihrem Ziele zu gelangen suchen. Sie schreibt:

„Was hat denn Herr Lic. Fournelle wenige Wochen vor der Romreise Kardinal Fischers im vorigen Jahre selbst in Rom gesucht? Warum denn die Heimlichkeit, mit der diese Reise umgeben wurde? Wozu nahm er denn den gewaltigen Stoß Material mit, ja, die M.-Gladbacher Broschüre vom Jahre 1899 über die christlichen Gewerkschaften wurde noch in einem besonderen Exemplar hergestellt. Bei solch wichtigen Reisen ist es allerdings möglich, daß man die Mappe mit dem wichtigsten Material im Auto liegen läßt. Das nennt man Pech. Und haben an der Broschüre Oppersdorf gegen Spahn nicht auch Herren aus der Kaiserstraße Anteil? Waren die vielen Besuche zu genannter Zeit nur harmlosen Dingen gewidmet? Man kann wohl ohne Uebertreibung sagen, daß alle die bedauerlichen Kämpfe im katholischen Volksteil Deutschlands im letzten Grunde auf „Sitz Berlin" zurückzuführen sind. Und es gibt Herren unter ihnen, die gar kein Hehl daraus machen, daß erst alles niedergerissen werden muß; sie wollen nachher neu aufbauen, d. h. wenn es da noch etwas aufzubauen gibt."

Wenn solche Leute sich als Richter über den Kollegen Stegerwald aufspielen, dann trifft ganz das Bild vom

---

Mutterklage.

Da tragen sie mein Kind hinaus —
Ein junger, frischer Mädchenstrauß
Geleitet ihre Leiche
Zum stillen Totenreiche.

Wie jene hat auch sie geschafft,
Mit ihrer schwachen jungen Kraft
Ums liebe Brot gerungen,
Bis sie der Tod bezwungen.

In Not, Entbehrung ward sie groß,
Denn früh schon war ich gattenlos;
Drum sind auf ihren Wangen
Nie Rosen aufgegangen.

Ich sink auf ihre Ruhestatt,
Wo sie so lang gelitten hat,
Und schluchze in die Kissen;
Wie werd' ich dich vermissen.

Kollegin Maria Hahn.

Wunder der Webekunst.

(Schluß.)

Man spinnt und webt also alles, was Faser ist, macht aus kurzen Kuhhaaren „Sealskingarn"-Imitationen, aus Zellulloid prachtvolle „Straußenfedern" und aus Papier schöne Garne und Gewebe. Papierstoffe werden zu Wandbespannungen gebraucht, es werden Teppiche, Läufer und Vorleger aus ihnen gefertigt, Litzen, waschbare und dabei schwer entzündbare Gardinen und vor allem auch blaue, sehr haltbare und dabei unglaublich billige, blaue Arbeiteranzüge. In Brüssel waren solche ausgestellt, die schon dreißigmal gewaschen worden waren und nicht schlechter aussahen, als Anzüge aus Baumwolle, die derselben Prozedur eben so oft unterworfen worden waren. Man hofft bald aus einem Stoffe aus Papiergarn und Wolle schöne Damenmäntel und viele andere Garderoben und Phantasieartikel herstellen zu können.

Aber die Textilindustrie hat sich nicht damit begnügt, Tier- und Pflanzenwelt, die ihr ja schon immer zu Gebote standen, intensiver auszubeuten, nein, sie ging auch extensiv vor und griff in das Mineralreich über. Sie webt Steine. Es ist ihr gelungen, aus Asbest, dem „unverbrennlichen" Mineral, ein Garn herzustellen, dessen Fadenlänge 12000 bis 14000 Meter per Kilo beträgt. Asbestgewebe sind darum sehr wertvoll, weil sie einmal unverbrennbar, dann aber schlechte Wärmeleiter sind, also die Körperwärme bewahren. Vorläufig braucht man sie zur Herstellung sehr eparter Spitzen, dann zu Kaminteppichen, Bühnenvorhängen und dergl., doch wird die Verwendungsmöglichkeit gar bald sehr steigen. Nicht die uninteressanteste und schon ausgeprobte Benutzung ist die zu heizbaren Teppichen. „In ihnen ist zwischen Flor und Grundschuß ein blanker Kupferdraht endlos eingeschlossen, dessen beide Enden in der Weise, wie unsere elektrischen Lampen mit Stechdrähten versehen und an den Stromkreis eines Akkumulators angeschlossen werden." Kalte Füße sind dann ein überwundener Standpunkt und dessen werden sich vor allem auch Automobilisten und Luftschiffer freuen, aber auch die Schauspieler, die oft lange Zeit als „Tote" auf dem eiskalten Bühnenboden liegen müssen. Auf der Bühne, die ja gar nicht genug gegen Feuersgefahr geschützt werden kann, ist überhaupt der Asbest an richtiger Stelle. Dekorationen, Soffitten usw. werden aus ihm hergestellt, und das geht um so besser, als er begierig Farbe aufnimmt. Daß die Feuerwehr ihre Handschuhe, Helme, Panzer, Stricke und ihre Handlöschtücher aus Asbest herstellt, versteht sich ja von selbst. Die interessanteste Neueroberung der Textilindustrie ist noch nicht der Asbest, sondern daß — Aluminium. Gewebtes Aluminium ist keine Phantasie. Man kam auf die Verwendung wohl, weil man schon früher Blei, das ja sehr bieg- und schmiegsam ist, in Teppiche und Läufer einwebte, um diese durch ihre Schwere am Umschlagen zu verhindern. Als nun das ja erst seit verhältnismäßig kurzer Zeit bekannte Aluminium durch verbesserte Fabrikationsmethoden billig wurde, suchte man seine guten Eigenschaften vielseitig auszunützen. Deren gibt es eine ganze Anzahl, Leichtigkeit, Widerstandsfähigkeit und Zähigkeit. Es oxydiert leicht an der Luft und leistet dann fremden Einflüssen, Säuren usw. Widerstand, und schließlich läßt es sich sehr fein und dünn walzen, schneiden und ziehen. Und so mußte es der Webetechnik sehr willkommen sein. In England arbeitet die Dekorations- und Kostümstoffbranche schon stark mit Aluminium. Man hat ja mit Kostümen aus Glasfäden schon ganz hübsche Effekte erzielt, aber die Glasfäden mußten mit Seide drellirt sein. Das ist beim Aluminium nicht nötig, und die Wirkung ist viel glänzender. Ein Abendmantel aus Aluminium macht den Eindruck, als sei seine Trägerin in flüssiges Silber getaucht. Das Gewand schillert und lebt, entfaltet bei jeder Bewegung einen neuen Reiz und steht turmhoch über einem Flitterkleid, das ähnlich wirken möchte. Da das Aluminium zudem durch die erwähnte Oxydation stumpf ist, so „schreit" auch ein Kleid daraus nicht, sondern ist elegant und dezent. Nicht anders ist es mit Tüchern, Pompadours, Stiefeln, Gurten, Schlipsen usw., und es ist gar nicht abzusehen, welche Möglichkeit dieses schöne, nicht teure Material noch eröffnet.

Es wäre noch viel zu sagen über die Verbindung der Webekunst und der Färberei, aber nicht der beiden verwandten Künste und ihrer Verbindung sei gedacht, sondern darauf hingewiesen, daß der Textilindustrielle der treueste Verbündete eines Mannes geworden ist, mit dem er nur wenig Berührungspunkte zu haben schien, mit dem Regisseur. Die plastischen Bäume der Reinhardtschen Bühne sind aus imprägnierten Holzstabgerippen hergestellt mit Borke und Rinde aus Asbestleinewand. Die Blätter bestehen aus gestanzten, lockeren und gefärbten Baumwollstoffen. Das Moos an den Bäumen ist auf dem Teppichwebestuhl gewachsen. Der Rasen, über den zierliche Füßchen trippeln, ist gewebt, der Fliederbusch auch und nicht minder das Riedgras. Das wogende Kornfeld im „König Lear" ist in rutenartiger Form gewebt und zwar aus Bast, der Schnee aber, der die Berge der St. Moritzspitze im Metropol — bedeckt, aus geblechter Baumwolle, und so geht es fort. Die Textilindustrie liefert Wolken und Nebelschleier, Dünensand und blauen Himmel, sie liefert sogar mittels eines raffinierten Verfahres „gewebte Glasscheiben".

„Märchen, noch so wunderbar — Dichterkünste machens wahr", sang einst Goethe. Heute kann man getrost sagen, daß es der Techniker und der Industrielle sind, die das Unwahrscheinliche wahr, das Unmögliche möglich, das Unglaubliche zur Wahrheit machen.

„Ortsgruppen, führt freiwillig Lokalzuschläge ein!“

Pharisäertum auf sie zu, vom Pharisäertum, vor dem unser Herrgott, als er noch auf Erden wandelte, schon einen tiefen Abscheu hatte.

Ein Wort der Anerkennung vom Gegner. In der Regel werden die christlichen Gewerkschaften von den Genossen als total ohnmächtige, leistungsunfähige Gebilde hingestellt. In einem unbedachten Augenblick haben zwar schon der „Vorwärts“ und das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission das Geständnis entschlüpfen lassen, daß auch die christlichen Berufsorganisationen eine ganz respektable, durchaus ernst zu nehmende Bewegung darstellten, aber durchweg ist unsere Bewegung in der sozialdemokratischen Presse und in den roten Versammlungsreden ein Ding, das gar nichts wert ist. Man erinnere sich des köstlichen Bildes, das kürzlich von den deutschen christlichen Gewerkschaften auf dem Kongreß des amerikanischen Gewerkschaftsbundes gezeichnet wurde, ein Bildchen, wofür die deutschen Genossen die Farben gemischt hatten. Demgegenüber ist es wert, Notiz zu nehmen von einer Besprechung der christlichen Gewerkschaften, die der „Vorwärts“, das Organ des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes Oesterreichs, in Nr. 43 bringt. Da heißt es:

„Die Ausgaben, auch die für wirtschaftliche Kämpfe, sind wesentlich gewachsen, aber sowohl die christlichen Gewerkschaften als auch die Gewerkvereine können auf dem Unterstützungsgebiete das leisten, was die freien Gewerkschaften ihren Mitgliedern bieten.“

Das Urteil eines Blattes, welches die christlichen Gewerkschaften gern mit Haut und Haaren verschlingen möchte, muß man sich merken, um damit im gegebenen Falle „roten“ Schwätzern um das lose Mundwerk zu schlagen.

Bald zentrümlich, bald nationalliberal. Die urgelungensten Kapriolen vollbringt der „Textilarbeiter“, das Organ des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes. Er behauptet in dieser Nummer jenes und in einer folgenden das gerade Gegenteil. Er „beweist“ auch beides mit seiner ihm immer eigenen — wenigstens nach seiner eigenen Meinung — „durchschlagenden Beweiskraft“. So wirft er uns in drei bis vier Nummern vor, wir betrieben die scheußlichste Zentrumsbrotwucherpolitik, die jemals getrieben worden sei. Wir seien dem Zentrum förmlich versklavt. In Nr. 51 (1911) aber wirft er uns indirekt Wahlagitation für die — nationalliberale Partei vor, indem wir einen Artikel des nationalliberalen „Leipziger Tageblattes“ aufgenommen hätten, der geschrieben sei „in der Hoffnung, insbesondere die sächsischen Textilarbeiter bei den bevorstehenden Reichstagswahlen in das Lager der nationalliberalen Schutzzöllner zu locken.“

Der „Textilarbeiter“ spricht dann auch fortwährend von nationalliberal-christlichgewerkschaftlichen Brotwucherern. Dabei polemisiert er gegen ein langes Zitat angeblich aus dem nationalliberalen Artikel, von dem auch — kein Wort in dem betr. Artikel steht.

Dem „Textilarbeiter“ ist in seiner Alterniertheit rechter Hand, linker Hand, alles vertauscht.

Uebrigens: Das nationalliberal-christliche Schutzzöllner oder Brotwucherer ist nicht schlecht. Aber nun können wir doch nicht gut zu gleicher Zeit nationalliberal und zentrümliche Brotwucherer sein.

Erkläre mir, Graf Orindur
Diesen Zwiespalt der Natur.

Wie es gemacht wird. In einer Frankfurter Wählerversammlung hatte ein demokratischer Redner die Lauen und Gleichgültigen aufs Korn genommen und deren Fernbleiben von der Wahlurne kritisiert. Das veranlaßte einen sozialdemokratischen Diskussionsredner zu einem interessanten Geständnis. Wir zitieren nach der „Frankfurter Zeitung“ Nr. 2 vom 3. Januar 1911:

„Herr Hemming stellte sich als sozialdemokratischer Arbeiter vor und erklärte gegenüber den Vorwürfen Helffs (demokratischer Redner, d. R.) gegen die Lauen: **„Wir machen das anders, die Aengstlichen werden herangeholt, sie müssen sich organisieren, sonst fliegen sie heraus aus den Betrieben.** (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Nur so erreichen wir unsere starken Organisationen.“

Was hier Genosse Hemming gesagt hat, ist ja nichts neues. Frappierend ist nur die Unverfrorenheit, mit der dieser Genosse den sozialdemokratischen Terrorismus nicht nur öffentlich und als etwas ganz selbstverständliches zugiebt, sondern sich geradezu damit brüstet.

Interessant sind auch die weiteren Ausführungen des Genossen:

„In Italien sind wir noch nicht soweit. Deshalb haben wir nichts gegen den Krieg unternehmen können. Die meisten italienischen Arbeiter arbeiten im Ausland (Heiterkeit), und die übrigen werden eingezogen. Wer soll denn da Generalstreik machen? (Heiterkeit.) Bei uns wäre das anders.“

Wir kennen den Genossen Hemming nicht. Wollen ihm und seinen Ausführungen auch nicht zuviel Bedeutung beimessen. Als Stimmungsbild sind seine Aeußerungen aber immerhin bemerkenswert. Als der Ausschuß des deutschen Arbeiterkongresses in seinem Protest gegen die Rede Däumings von einer von den Genossen auf den Arbeitsstätten betriebenen Propaganda für den Generalstreik sprach, da wurde er von der sozialdemokratischen Presse der Verleumdung bezichtigt. Die Ausführungen Hemmings sind ein Beweis dafür, daß die Idee vom Generalstreik im Kriegsfall sich doch bereits in vielen Köpfen sozialdemokratischer Arbeiter festgesetzt hat. Darüber vermögen alle Beschwichtigungsversuche der roten Presse nicht hinwegzutäuschen.

Das alte Lied. England hat nun seine staatliche Kranken-, Invaliden- und Arbeitslosenversicherung. Das Gesetz enthält, wie jeder erste Versuch auf dem Gebiet, naturgemäß auch Schwächen und Mängel. Das trifft vor allem auf die Arbeitslosenversicherung zu. Trotzdem müsse man, so meint die „Soziale Praxis“, „den Mut und die Entschlossenheit bewundern, mit der das britische Volk diesem so schwierigen, für England aber auch so bedeutungsvollen Problem entgegentritt“.

Die englischen Arbeitervertreter stimmten, trotz der vorhandenen Mängel, für das Gesetz, nur sechs dagegen. Diese Männer sind eben viel zu weitsichtig, viel zu sehr praktische Politiker, um sich den Alles- oder Nichtsstandpunkt der deutschen Sozialdemokratie zu eigen zu machen. Ihr Wortführer Mac Donald bezeichnete das Gesetz, vor allem die Arbeitslosenversicherung, als „einen außerordentlichen und lobenswerten Versuch, Remedur für eines der fürchterlichsten Uebel der Gesellschaft zu schaffen“. Der „Leipziger Volkszeitung“ paßt das Verhalten der englischen Arbeiterführer nicht in den Kram. Sie läßt zunächst am Gesetz selbst kein gutes Haar und bezichtigt dann die Arbeitervertreter wegen ihrer Zustimmung des Arbeiterverrats. Die rasche Erledigung des Gesetzes, die die „Soziale Praxis“ als eines der größten Verdienste des englischen Schatzkanzlers bezeichnet, ist für das rote Blatt ein Beweis, „mit welcher Leichtfertigkeit, Sorglosigkeit und vollständigen Unwissenheit die Vorlage ursprünglich aufgestellt worden war“. Das Ergebnis der Beratung sei jetzt „ein hastig zusammengekleistertes legislatives Ungeheuer, von dem man gar nicht sagen kann, ob es überhaupt lebensfähig ist oder nicht“. Das Versicherungsgesetz wird weiter als ein „Ausbeutungs- und Knebelungsgesetz“ bezeichnet, „das in einem andern beliebigen Lande eine förmliche Revolution hervorgerufen hätte“. Die Haltung der englischen Arbeitervertreter sei nur möglich, „weil die Masse des englischen Proletariats so unwissend (!! D. R.) ist und sich so leicht betrügen und beschwindeln läßt“. (!! D. R.) Die englischen Führer der Arbeiterschaft werden von dem roten Blatt weiter mit folgenden Ausdrücken beschimpft:

„sie stehen außerdem in den besten Beziehungen zur Regierung, und manche unter ihnen lauern sogar auf einen Sitz im Kabinett oder wenigstens auf einen gut bezahlten Beamtenposten. Kein Wunder, daß sie sich gehütet haben, die Arbeiterschaft über den wahren Sinn der Maßnahmen aufzuklären und gegen das Gesetz mobil zu machen, und in der dritten Lesung dafür stimmten. Eines Tages wird wohl die Arbeiterklasse zum Bewußtsein der von ihren Führern begangenen Niederträchtigkeit kommen; aber ebensowenig wie ein Burns, ein Shackleton, ein Isac Mitschell, ein Richard Bell, ein Cummings der Kritik und den Angriffen der aufgeklärten (soll heißen sozialdemokratischen, d. R.) Arbeiter wichen, nachdem sie einmal im Besitz der fetten Posten waren, werden auch die Mac Donalds und Hendersons keinen Schaden haben, wenn sie die Belohnung für ihre Leistungen erreicht haben. Bis dahin aber ist Humbug Trumpf.“

Unsere radikalen Genossen bleiben sich immer gleich. In derselben Weise haben sie unsere Sozialversicherung heruntergerissen und schlecht gemacht. Im selben Tone beschimpften sie die bürgerlichen Parteien, die sich um das Zustandekommen derselben verdient gemacht haben. Genau so gehen sie auch heute noch gegen die christlichen Arbeitervertreter vor, die — ebenso wie die englischen — den Alles- oder Nichtsstandpunkt der Sozialdemokratie ablehnen und bestrebt sind, für den Arbeiter das Mögliche und Erreichbare herauszuholen. Doch — wenn die sozialdemokratische Presse schon die ihr doch ziemlich nahestehenden englischen Arbeiterführer, die doch mit den deutschen sozialdemokratischen Gewerkschaften im Schutz- und Trutzbündnis stehen, in solcher Weise behandelt, dann werden sich unsere Kollegen ob der sozialdemokratischen Anpöbelungen zu trösten wissen.

Ein Urteil aus Freundesmund. Die Sozialdemokratie nennt sich bei den diesjährigen Wahlen gern wieder die einzige Arbeiterpartei, die alleinige Vertreterin der Arbeiterinteressen. Einsichtige Leute, darunter auch namhafte Sozialpolitiker, sind anderer Ansicht; sie bezeichnen die Sozialdemokratie als das Bleigewicht an den Füßen der Arbeiterbewegung. Mit Recht. Positive Arbeit zugunsten der unteren Volksschichten hat die Sozialdemokratie noch wenig geleistet. Die Unfruchtbarkeit ihrer Politik wird der Sozialdemokratie wieder einmal aufs neue bestätigt von einer Seite, der man Voreingenommenheit gegen die Genossen nicht vorwerfen kann. Die „Frankfurter Zeitung“ ist es, die in Nr. 361 vom 31. Dez. 1911 schreibt:

„Man kann vielleicht sagen, der Prozeß der taktischen Annäherung zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie wird in demselben Tempo sich vollziehen, als die Sozialdemokratie ihre politischen Phantasmagorien aufgibt und zu positiver Gegenwartsarbeit sich bekennt, als sie aufhört, Klassenpartei zu sein und anfängt, Sinn für das Wesen des Staates zu bekunden. Es ist nicht angängig, allein das Klasseninteresse der Arbeiterschaft zum Maßstab staatlichen Geschehens zu machen, und es ist auf die Dauer noch viel weniger angängig, die Arbeiterschaft auf den geweissagten großen Zusammenbruch des bürgerlich-kapitalistischen Staates zu vertrösten. Die Arbeiterschaft will für die schweren Opfer, die sie bringt, Erfolge sehen, selber Teil haben an den Fortschritten und Errungenschaften, nicht aber mit dem mageren Trost einer besseren Zukunft abgespeist werden. Fortschritte sind wiederum nur möglich, wenn die Existenz des Staates gesichert ist. Die Sozialdemokratie versagt aber dem Staate die Mittel, mit einem Worte: sie verweigert die positive Mitarbeit, die nicht darin besteht, daß man bloß tadelt und protestiert, bestenfalls auch fordert, sondern daß man auch bewilligt. . . . . Die Sozialdemokratie wird auch einsehen müssen, daß das Wort von der einen reaktionären Masse“ und von dem „Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft“, mit dem ihre Agitatoren und ihre Presse noch so gerne Paradedrill markieren, einiger Korrektur bedarf. Für sich allein vermag die Sozialdemokratie trotz der gewaltigen Stimmenzahl, über die sie verfügt und die bei den bevorstehenden Wahlen, dank der glorreichen Politik des schwarzblauen Blocks, noch wachsen mögen, nichts auszurichten, sie bedarf dazu der Mithilfe anderer Parteien.“

Dies Urteil aus Freundesmund über die Sozialdemokratie ist für uns aufs neue wieder ein Beweis, daß wir gerade vom Arbeiterstandpunkte aus alle Veranlassung haben, von der Sozialdemokratie abzurücken. Sie wird wohl auch im neuen Reichstag ihrer alten Taktik treu bleiben und den Arbeitern Steine bieten statt Brot.

An der eigenen Nase halten. Die „Metallarbeiter-Zeitung“, das Organ des „roten“ Metallarbeiterverbandes, tat unlängst sehr entrüstet, weil der christliche Verband beim Streik in Pforzheim die Neubeigetretenen bei Empfang der Streikunterstützung einen Schuldschein unterzeichnen ließ, wonach diese sich verpflichteten, das Geld zurückzuzahlen, wenn sie vor Ablauf von drei Jahren aus dem Verbande austreten sollten. Der „Metallarbeiter-Zeitung“ wurde ja damals schon gebührend heimgeleuchtet. Wir möchten nachträglich noch dem Blatte nachstehenden Fall zur speziellen Beachtung empfehlen.

Der schweizerische sozialdemokratische Remonteurverein gewann im Verlaufe des verflossenen Jahres in Bettlach eine Anzahl neuer Mitglieder, Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Aufnahme erfolgte durch Unterschrift auf einem Kollektivaufnahmeschein, welcher weder Aufklärungen über den sozialdemokratischen Charakter des Vereins noch über die Statuten enthielt. Die Tatsache, daß es sich um einen sozialdemokratischen Verband handelte, wurde den Neuaufgenommenen vorenthalten und Statuten keine ausgehändigt. Nachträglich erfuhren die Arbeiter, daß sie Mitglieder eines Vereins geworden waren, welcher sowohl selbst sozialistisch ist, als auch dem bekannten sozialistischen Verbande der Uhrenarbeitergewerkschaften angehört. Dieser hinwiederum ist Kollektivmitglied des schweizer. sozialdemokratischen Gewerkschaftsbundes. Nunmehr erklärten eine Anzahl der neuen Bettlacher Mitglieder den Austritt. Jetzt aber wurden sie vom Verbande vor die Alternative gestellt, entweder Mitglied zu bleiben oder gemäß Paragraph 41 der Statuten Fr. 200 (zweihundert) Buße zu zahlen. Immer noch aber händigte man den Leuten keine Statuten ein. Erst nach vielem Hin und Her gelang es, Einsicht in die Statuten zu erhalten und da ergab sich, daß dieselben tatsächlich die unerhörte Bußbestimmung im Falle des Austrittes vor Ablauf von 10 (zehn) Jahren enthielten. Selbstverständlich verweigerten die Arbeiter, die sämtlich bedürftige Familienväter sind, die Zahlung der 200 Fr. und ebenso wollten sie als Nichtsozialisten nicht entgegen ihrer politischen und religiösen Ueberzeugung einer sozialistischen Vereinigung angehören. Der sozialistische Verein aber war „ungeniert“ genug, die „renitenten“ Mitglieder gerichtlich zu verklagen.

Wir haben diese Darstellung dem „Gewerkschafter“ (Organ der christlichen Gewerkschaften der Schweiz) entnommen. Da hätte die „Metallarbeiter-Zeitung“ eine nette Gelegenheit, ihre damals gänzlich deplazierte Moralpredigt an den Mann zu bringen.

Aus unserer Industrie.

Die Textilindustrie im Jahre 1911.

In der Textilindustrie war die Lage der einzelnen Zweige nicht übereinstimmend. Was deren wichtigsten Zweig, die

Baumwollindustrie,

betrifft, so hat sie wiederum unter sehr ungünstigen Bedingungen gearbeitet, ja viele Etablissements haben abermals über ein Jahr tiefster Depression zu berichten. Der Preis des Rohproduktes unterlag dauernd starken Schwankungen. Man war in das Jahr mit einem Preisstand von 76½ Pfg. pro ½ Kilogramm (Bremer Notierung) eingetreten, und gegen Ende Februar war der Preis im Zusammenhang mit Meldungen, wonach die Baumwollernte größer sei als in den amtlichen Statistiken behauptet worden war, ganz unvermittelt bis auf 72½ Pfg. gesunken. Doch schon im März war diese Schwäche wieder überwunden und es setzte gegen Ausgang dieses Monats eine scharf steigende Bewegung ein, die dann fast ohne Unterbrechung bis Ende Juni anhielt, so daß der Baumwollpreis in das zweite Semester mit dem hohen Stand von 80¼ Pfg. eintrat. Eingedenk der zahlreichen Enttäuschungen, die der Handel in den letzten

Jahren erlebt hatte, griffen die Spinner nunmehr kräftig zu, zumal Nachrichten auftauchten, daß für den Herbst wieder eine Baumwollnot zu erwarten sei, um nur zu bald die betrübende Wahrnehmung zu machen, daß die Ernteaussichten einen derartig hohen Preisstand in keiner Weise rechtfertigen. Man schien ganz vergessen zu haben, schreiben die Münchener Neuesten Nachrichten, denen wir diese Uebersicht entnehmen, daß die Preise der letzten zwei Jahre eigentlich Ausnahmepreise waren, die gar nicht Bestand haben konnten, sobald die Ernte einmal wieder normale Erträge liefern würde. Je klarer sich nun übersehen ließ, daß die

amerikanische Ernte

gut ausfallen werde, desto flauer wurde der Markt. Die nachfolgenden Monate standen im Zeichen der Baumwollbaisse, und Ende Oktober war der Preis in Bremen schon bis auf 51¾ Pfg., Ende November bis auf 48¼ Pfg. geworfen. Nicht wenige Spinnereien waren es, die nunmehr auf der Ware festsaßen und, sofern sie auf Vorrat gearbeitet hatten, mit entwerteten Lagern in die Hauptsaison traten. In Fachkreisen nimmt man an, daß sich am 31. August von der teuren Baumwolle alter Ernten noch zwischen 230 000 und 240 000 Ballen in Händen der deutschen Spinnereien befanden. Soweit nicht entsprechende Gegenkontrakte vorhanden waren, bedeuteten diese Lager einen glatten Verlust.

Es läßt sich heute ziemlich sicher übersehen, daß die amerikanische Regierungsschätzung per 1. Oktober von einem Ernteertrag von 14½ bis 15 Millionen Ballen voll zutreffen wird, was eine Monstreernte darstellen würde. Denn abgesehen von dem Jahre 1908/1909, in dem 13,83 Millionen Ballen geerntet wurden, waren im letzten Jahrzehnt nur die Ernten der Jahre 1906/1907 und 1904/1905 durch Erträge von mehr als 13 Millionen Ballen ausgezeichnet. Ernten von 12 Millionen Ballen wurden in den letzten Jahren noch als günstige Erträgnisse angesehen, und das Jahr 1909/1910 hatte sogar nur ein Ergebnis von 10,65 Millionen Ballen aufzuweisen. In der Union war der

Rückgang der Baumwollpreise

fast noch schärfer als in Deutschland, denn von dem höchsten Preisstand des Jahres, der an der New-Orleanser Börse am 20. Mai mit 16,5 Cents pro 1 b notiert wurde, ist der gegenwärtige Preisstand von 9,20 Cents um 7,30 Cents davon entfernt. Die Spinner befinden sich demgemäß in einer schwierigen Lage, denn sie müssen sich bei neuen Abschlüssen zu wesentlichen Preiskonzessionen verstehen und bieten heute bereits 20er Watergarne per März zu 80 Pfg. und darunter pro Pfund an, gegenüber einem Preisstand von 98 Pfg. vor wenigen Monaten. Die Weber wiederum kaufen auch heute nur das Nötigste, und die Spinner laufen daher auch gegenwärtig noch ein großes Risiko. Hierin ruht das Ungesunde der Lage. Niemand will das Risiko tragen, der Handel es auf den Weber, der Weber es auf den Spinner abwälzen. Der bisherige Preisabschlag der Weber von 5 bis 7½% kann die Grossisten nicht reizen, Ordres in früherer Höhe zu geben, da man auf weiteres Nachgeben der Preise rechnet und ohne Konjunkturverluste wird es in vielen Betrieben kaum abgehen, namentlich, wenn die Großhändler auf Grund der billiger gewordenen Rohware zu schleudern beginnen sollten.

So steht das deutsche Baumwollgewerbe heute gewissermaßen ungünstiger da, als vor einigen Monaten, denn eine Besserung von Belang wird hinsichtlich der Preisbildung der Erzeugnisse für die nächste Zeit nicht in Aussicht zu nehmen sein. Man hat auch noch keinen Ueberblick darüber, ob nicht die Lebensmittelteuerung eine Einschränkung des Konsums zur Folge haben wird, und wie der Krieg in Tripolis und die Wirren in China auf die deutsche Baumwollwarenausfuhr wirken werden. Selbst bei niedrigen Fabrikatpreisen wird eine Besserung der Lage bestenfalls erst im Laufe des Jahres 1912 zu erwarten sein, vorausgesetzt, daß der Baumwollpreis auf dem heutigen Stand bleibt und ein sicheres Kalkulieren ermöglicht. Im Auslande will man jetzt freilich schon Zeichen der Besserung wahrnehmen, so besonders in Frankreich, Holland, Oesterreich und England. In diesem Lande hat die Mehrzahl der Weber sogar schon gute Aufträge für das zweite Quartal nächsten Jahres verbucht. Bei uns indessen bleibt die Gesamtlage noch immer etwas unsicher. Nur die Aussichten in Oberfranken, Rheinland-Westfalen und in beschränktem Maße auch in Sachsen werden als freundlicher bezeichnet.

Die

Hauptsorge unserer Baumwollindustrie

muß jetzt vor allem bleiben, mit den Waren, die auf Grund teurer Vorräte noch vorhanden sind, aufzuräumen. Falls dann die Preise des Rohproduktes stabil bleiben, könnte wieder eine Basis vorhanden sein, auf der die Industrie mit Erfolg würde arbeiten können. Solange hierüber keine Klarheit besteht, muß vor übertriebenen Hoffnungen, wie sie am Aktienmarkte bereits durchbrechen, gewarnt werden. Jedenfalls werden die diesjährigen Geschäftsabschlüsse wieder sehr schlecht ausfallen, und wenn man auch vielleicht nicht in die Klagen derjenigen einzustimmen braucht, die versichern, daß das letzte Baumwolljahr das schlechteste seit vier Dezennien war, so kann doch kein Zweifel bestehen, daß das Jahr 1911 eines der traurigsten war, das die deutsche Baumwoll-Industrie jemals gesehen hat. Trotzdem es bei uns nicht wie in anderen Ländern zur Vereinbarung einheitlicher Betriebseinschränkungen kam, nötigte die Ungunst der Zeiten die Spinner doch überall zu Verkürzungen der Betriebe, während der Absatz in Baumwollwaren eingeschränkt wurde, wo es anging. Das wird sich in den Bilanzen der Aktiengesellschaften denn auch voll ausdrücken. Die Dividenden werden hinter den schon sehr gesunkenen des Jahres 1910 abermals mit wenigen Ausnahmen zurückbleiben. Vielfach werden die Gesellschaften überhaupt nur in der Lage sein, unter Heranziehung stiller und offener Reserven und auf Kosten der Abschreibungen Dividenden zu zahlen. In neuerer Zeit sind, wie hier nicht unerwähnt bleiben soll, auch in der bayerischen Industrie belangreiche Posten Garne für Lieferung bis drittes Quartal 1912 in Auftrag gegeben worden, was man als einen Beweis dafür ansehen will, daß die heutige Preislage endlich wieder den Konsum aus seiner Untätigkeit herauslockt. Auch das Tuchergeschäft beginnt sich langsam zu erholen. Hier sind ebenfalls bereits Aufträge für das zweite Quartal erteilt worden, doch kann von befriedigenden Preisen bei diesen Bestellungen vorerst noch nicht gesprochen werden.

Was den anderen Zweig der Textilindustrie betrifft, so können die Industriellen mit einiger Befriedigung auf das Jahr zurückblicken. Im Gegensatz zur Baumwolle zeigte die

Wolle

eine stabile Haltung. Die ganzen Jahresschwankungen lagen (Antwerpener Notierung) zwischen 5,50 und 5,97 Francs per Kilo. Der Höchstpreis wurde anfangs Mai und Mitte Juni erreicht, der niedrigste von 5,50 Francs im Februar. Bei den großen Kolonial-Wollversteigerungen kamen niedrigere Preise zum Vorschein, während sich die des deutschen Produktes meist voll behaupten konnten, da die Angebote auf den deutschen Wollmärkten gering blieben. Der milde Winter und später die lang andauernde Hitze waren dem Geschäft in den Fabrikaten abträglich, so daß überall große Lagervorräte zurückblieben. Eine besondere Regsamkeit kam in keinem Betriebe auf. Allein die Situation war trotzdem einigermaßen erträglich. Die Wollgarnspinnereien hatten für ihre Maschinen meist ausreichende Beschäftigung. Wenn auch viele Spinner auf Vorrat arbeiteten, so ließen die Preise ihnen wenigstens immer einen, wenn auch bescheidenen, Nutzen. Das gilt von Kammgarnen nicht minder wie von Streichgarnen, die wenigstens von der Mode begünstigt wurden. In den Wollwebereien war das Geschäft normal. Die sächsisch-thüringischen Kleiderstoffabriken brauchten trotz des fehlenden Exportgeschäftes nach Amerika ihre Betriebe nicht einzuschränken. Sie hatten vom Anfang des Jahres noch gute Aufträge in besseren Qualitäten in Händen, die sie befähigten, über die schlechte Sommerszeit hinwegzukommen. Gegen den Herbst hin wurde das Geschäft dann wieder lebhafter. Die Konfektionsstoff-Fabrikanten in der Lausitz und in Sachsen bezeichnen den Geschäftsgang als befriedigend. Cheviots und teure Herrenstoffe waren sogar zeitweise knapp. Das Rheinland klagte vielfach über ungenügenden Absatz und unzureichende Preise. Nur die rheinischen Fabrikanten, die Massenartikel herstellten, waren dauernd gut beschäftigt, und dasselbe gilt von Schlesien. Im allgemeinen kann man sagen, daß die Spinnerei-Industrie 1911 mit etwas geringeren Erträgnissen abschließen wird als in den letzten beiden Jahren, daß das Geschäft der Webwaren-Industrie aber im großen und ganzen befriedigte.

In der

Möbel-, Teppich- und Deckenbranche

waren die Umsätze und Gewinne normal. Zu wünschen ließ dagegen die Strick- und Strumpfwarenbranche. Der erwartete amerikanische Bedarf blieb aus, weil die Amerikaner noch immer mit Zollreduktionen rechnen. In der Handschuhbranche war die Nachfrage nur nach den besseren Artikeln gut. Die Aussichten für 1912 blieben zwar unklar, werden indessen nicht gerade schlecht beurteilt, da der inländische Markt für das mangelnde Exportgeschäft einigermaßen entschädigt. Auf dem Flachs- und Leinenmarkt ist das Geschäft ruhig gewesen. Auch jetzt treten die Spinner, da über die russische Ernte noch keine volle Klarheit herrscht, aus ihrer Reserve noch nicht heraus. Sie sind aber auf längere Zeit mit Aufträgen besetzt und halten mit Angeboten zurück, zumal die Lager des Großhandels fast aufgebraucht sind. Anderseits aber haben die weichenden Baumwollpreise ein Anziehen der Garnpreise bisher verhindert, was der ganzen Marktlage heute wohl entsprochen haben würde, da die großen Gestehungskosten kaum noch nennenswerten Nutzen lassen. Da neue Flächse aber hohe Preise erzielen, so werden die Spinner jedenfalls auf feste Preise halten, vielleicht auch Aufschläge durchsetzen können. Schlüsse mit weitsichtigen Lieferterminen werden in dieser Annahme abgewiesen. Ab 1. Januar sind alle Betriebseinschränkungen soeben aufgehoben worden. In der Leinen- und Halbleinenweberei sind die Preise und Absatzverhältnisse vorläufig nicht befriedigend. Das Exportgeschäft läßt die Webereien im Stich. Mit dem Momente, wo dieses einsetzen sollte, könnte sich die Lage zugunsten der Spinner und Weber ändern, denn das flaue Geschäft entspricht lediglich dem vorsichtigen Disponieren des Groß- und Detailhandels, der von der Hand in den Mund lebt.

Die

Juteindustrie

leidet unter den großen Preisschwankungen des Rohmaterials. Dem scharfen Preisfall zu Mitte des Jahres bis auf 17 Pfund folgte im dritten Quartal eine Erholung bis auf ca. 21¾ Pfund, doch konnte sich dieser Preis angesichts der guten Ernteaussichten später nicht voll halten, und heute ist man wieder auf 19¼ Pfund angelangt. Demgemäß hat auch die Kauftätigkeit für Fabrikate, die im September und Oktober so verheißungsvoll eingesetzt hatte, wieder etwas nachgelassen. Der Deutsche Juteverband hatte seine Preise während des ganzen Jahres den Schwankungen des Rohproduktes eng angepaßt, so daß die Etablissements, die vorsichtig im Einkauf disponierten und neue Jutebestände nur im Umfang der Kontrakte anschafften, befriedigende Resultate erzielt haben. Einzelne Ausnahmen können hieran nichts ändern. Obschon die Betriebseinschränkung bei den deutschen Webereien am 1. Oktober vollständig aufgehoben wurde, ist die Besetzung der Stühle noch auf viele Monate hinaus gesichert. Vielfach müssen Nachlieferfristen beansprucht werden. Bei Ausgang des Jahres ist das Geschäft allerdings wieder etwas ruhiger geworden, wozu die Streiks bei einigen Webereien beigetragen haben mögen, doch bleiben die Aussichten für das neue Jahr gut.

Wolle-Produktion und -Verbrauch der Welt.

Die Zahl der Schafherden in Europa nimmt, wie die „Deutsche Tuchhalle" schreibt, beständig ab. Wenn die Wollernte des Kontinents ziemlich konstante Ziffern zeigt, so ist der steigende Wollertrag vom einzelnen Schafe zu berechnen. Aber eine weitere Steigerung auf diesem Gebiete ist auch ausgeschlossen. — Die Wollproduktion Nordamerikas läßt sich noch für eine Reihe von Jahren vergrößern. Die durch Trockenheit dezimierten australischen Herden beginnen wieder nachzuwachsen; von 1909 bis 1910 von 110½ bis auf 115½ Millionen Stück. Auch der Wollertrag pro Schaf ist durch Zuchtwahl und Einführung der Merinorasse gestiegen. In Argentinien haben sich die Herden auch in kälteren Klimaten gut eingerichtet; die Folgen der Dürre von 1909 sind ausgeglichen.

Den Wollertrag an Wolle für 1910 rechnet man auf 1340 Millionen Kilogramm. Den lokalen Verbrauch der Exportländer abgerechnet, würde sich für die Industrien Europas und Amerikas ein disponibles Quantum ergeben:

	in 1000 Kg.
Kontinent von Europa . .	190 260
Großbritannien	64 779
Nordamerika	150 849
Australien	387 315
Argentinien und Uruguay .	196 149
Südafrika	56 625
Andere Länder	107 361
Total	1 153 338

Die 1909 zur Verfügung gestellte Menge betrug 1174 Millionen Kilogramm. Beide Jahrgänge differieren also wenig; der Export von Australien war 7% gestiegen.

Der Verbrauch an Wolle ist im letzten Dezennium nur ungefähr 13% gestiegen. In 1910 stand der gesteigerten Nachfrage Europas eine bedeutende Abschwächung der Vereinigten Staaten gegenüber. Für 1910 wird der Verbrauch an Wolle wie folgt berechnet:

Kontinent von Europa . .	644 600
Großbritannien	277 800
Nordamerika	231 000

In Frankreich ist der Wollverbrauch im letzten Dezennium des vergangenen Jahrhunderts höher gewesen als im ersten Dezennium des jetzigen. Als Grund wird angegeben, daß die Moden der Damenkleider sich verändert haben und Baumwolle und Choddy als Substitute für Wolle verwandt werden.

Seidenraupenzucht in Deutsch-Ostafrika.

In der Textilwoche macht Theodor Schönheit (Morogoro) Mitteilungen über erfolgreiche Züchtung von Seidenraupen in Ostafrika, die er und sein Bruder dort betreiben. Es sei ihnen nach mancherlei Fehlschlägen gelungen, Bombyx mori in Deutsch-Ostafrika mit außerordentlich günstigen Ergebnissen zu züchten. Es wird dann weiter berichtet:

Die Vorbedingungen für eine Seidenraupenzucht großen Stils liegen gerade in der für die Zucht in Aussicht genommenen Gegend Deutsch Ostafrikas außerordentlich günstig. Der Maulbeerbaum gedeiht auf dem angekauften Gelände ganz ausgezeichnet und behält, dank den günstigen klimatischen Verhältnissen, während des ganzen Jahres über sein volles Laub, so daß die Zucht ununterbrochen fortgeführt werden kann und das Beschneiden der Bäume und Sträucher ohne jede schädliche Einwirkung auf das Wachstum der Bäume ist. Da der Maulbeerbaum an sich ein äußerst anspruchsloses Gewächs ist, lassen sich leicht ohne erhebliche Kosten so große Flächen mit Maulbeerbäumen bepflanzen, die Milliarden von Raupen das nötige Futter liefern können. Was die Raupenzucht selbst betrifft, so ist Schönheit nach seinen Erfahrungen der Ansicht, daß sich gerade der Neger zu einer Arbeit wie die Raupenzucht, die ja an sich leicht ist, sehr gut eignen werde, da sie seinem Intellekt besonders zusagt. Nach den bisherigen Beobachtungen fühle sich das Tier in dem dortigen Klima sehr wohl. Die Kokons seien groß und ausgiebig und der Faden der abgehaspelten Kokons sei außerordentlich fest und glänzend. Die Rentabilität einer Seidenraupenzucht in Deutsch-Ostafrika ergebe sich aus folgenden Punkten: Gutes Gedeihen des Maulbeerbaumes, billige Arbeiterlöhne (es können viele Kinder und Weiber hierbei beschäftigt werden), gutes Land in klimatisch für die Zucht günstiger Lage, gutes Gedeihen der Raupe, das Gelände in nicht allzu großer Entfernung von der Küste, die mit der in der Nähe angelegten Eisenbahn in einem halben Tage erreicht werden kann, vor allem aber mehrere Zuchtperioden während eines Jahres. Da an der Rentabilität einer Seidenraupenzucht großen Stils in Deutsch-Ostafrika nach den mehrjährigen Versuchen nicht mehr gezweifelt werden könne, hätten sich bereits drüben einige Interessenten gefunden, um die bisher im kleinen Rahmen ausgeführte Zucht in Form einer Gesellschaft m. b. H. im großen weiterzuführen. Nach der nächsten Regenzeit dürfe schon eine Ernte erwartet werden. Als Betriebskapital seien zunächst 50 000 Mark in Aussicht genommen, die zum Teil bereits gezeichnet seien.

Aus dem Verbandsgebiete.

An unsere Vorstandsmitglieder!

Der diesmaligen Zeitungsauflage sind für alle Ortsgruppen einige

Terminkalender

beigelegt, die namentlich unseren Kassierern und Vorsitzenden in ihrer Arbeit für den Verband, namentlich im Verkehr mit der Zentralstelle, sehr gute Dienste tun dürften. Die Anzahl der Kalender, die beigelegt ist, ist berechnet worden nach der Mitgliederzahl der Ortsgruppe, jedoch so, daß auch die kleinste Ortsgruppe wenigstens zwei Exemplare erhält.

Die Geschäftsstelle.

Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten.

M.-Gladbach.

Zwei Bewegungen um Lohnaufbesserungen. Die Firma Moritz Steinberg, welche mit den Webern einen Tarif abgeschlossen hatte, erhielt diesen von den Webern gekündigt. Am selben Tage machte die Firma einen neuen Tarif bekannt, welcher bedeutende Verschlechterungen gegenüber dem bisherigen Tarif aufweist. Es wird ein ernstes Wort mit der Firma gesprochen werden müssen. Anstatt sich Abzüge gefallen zu lassen, werden die Weber der Firma mit einer verbesserten Lohnliste dienen.

Bei der Firma Gladbacher Wollindustrie A.-G. vorm. L. Josten bestehen Lohndifferenzen. Verschiedene Versuche des Arbeiterausschusses und der Verbandsvertreter, mit der Firma in eine sachliche Verhandlung einzutreten, scheiterten. Der Vertreter der Firma ließ sich auf keine Verhandlungen ein. Die Weber mußten jetzt zum äußersten Mittel greifen. Von etwa 200 reichten am 5. Januar 195 die Kündigung ein. Seitens der Firma wurde darauf in der Spinnerei 17 Angehörigen von Webern gekündigt. Auch soll noch weiteren Angehörigen der Weber in anderen Ressorts gekündigt worden sein. Anscheinend soll hierdurch ein Druck auf die Weber ausgeübt werden. Das wäre vielleicht alles unnötig gewesen, wenn die Firma sich in Verhandlungen eingelassen hätte. Hoffentlich läßt man in den nächsten zwei Wochen die Gelegenheit nicht verstreichen, mittels Verhandlungen auf eine Verständigung hinzuarbeiten.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Augsburg. Der Bayrische Industriellenverband, welcher am 30. September 1911 das zehnte Jahr seines Bestehens vollendete, veröffentlicht soeben seinen Jahresbericht für das Geschäftsjahr vom 1. Oktober 1910 bis 30. September 1911. Dem Berichte ist zu entnehmen, daß der Verband sich in den abgelaufenen zehn Jahren aus kleinen Anfängen zu einer mächtvollen Vertretung der bayrischen Industrie entwickelte, die mit den angeschlossenen Verbänden über 3000 industrielle Firmen umfaßt. Von der Tätigkeit des Verbandes ist zu erwähnen, daß im abgelaufenen Jahre dem Staatsministerium eine Denkschrift unterbreitet wurde, welche alle Wünsche der Industrie in ausführlicher Weise beleuchtet. Die Exportstelle habe sich in erfreulicher Weise entwickelt und auch mit Bezug auf Handelspolitik habe der Verband bei der Vorbereitung der Handelsverträge mit Schweden und Japan Ersprießliches geleistet. Ueber die Einrichtung der Handelssachverständigen habe er gutachtlich berichtet und entsprechende Reformvorschläge unterbreitet. Der Verband beabsichtigte, der Kgl. Staatsregierung „Maßnahmen zur Regelung des Schutzes der Arbeitswilligen" zu empfehlen. Auch habe er sich mit dem Ausgleich der Interessen zwischen Handwerk und Industrie beschäftigt. Die „Verdienstmedaille" konnte im abgelaufenen Jahre an insgesamt 951 Angestellte und Arbeiter verliehen werden; „die Tatsache, daß es immer noch so viele alte treue Angestellte gebe, sei besonders in der gegenwärtigen Zeit sehr erfreulich". Zur Erleichterung des Studiums der Steuergesetze habe der Verband einen Steuerleitfaden in zwei Teilen herausgegeben. Der Verband wandte sich ferner gegen Mißstände bei Vergebung staatlicher Aufträge, gegen die beabsichtigte polizeiliche Ueberwachung der Produktionsvorgänge der Industrie und legte seinen Standpunkt zur Frage der Errichtung von Ueberlandzentralen in klarer Weise fest. Ueber das gesamte Tätigkeitsgebiet des Verbandes enthält der Bericht genaue Angaben; auch sind ausführliche Mitteilungen über die Geschäftslage der bayerischen Industrie und die handelspolitische Situation angefügt. Der Bericht bietet allen denjenigen, welche Interesse für das gewerbliche Leben Bayerns haben, reichlichen Stoff und einen klaren Ueberblick über die wirtschaftlichen Fragen, welche die bayerische Industrie im letzten Jahre beschäftigt haben.

Borghorst. Die Generalversammlung unserer Ortsgruppe, die am 31. Dez. im Dwersteg'schen Saale stattfand, hatte einen guten Besuch aufzuweisen. Den Geschäftsbericht der Ortsgruppe gab in ausführlicher Weise der Vorsitzende, zum Schluß zu intensiver Mitarbeit im kommenden Jahre auffordernd. Die dann getätigte Vorstandswahl ergab, daß zwei der ausscheidenden Vorstandsmitglieder wieder- und eins neugewählt wurde. Ueber die so notwendige Statistik, über die Benutzung der Bibliothek und die Einforderung der entliehenen Bücher sprach noch der Vorsitzende. Ferner wurde beschlossen, das Stiftungsfest getrennt nach Vertrauensmännerbezirken am 2. und 4. Februar zu feiern und der Vorstand beauftragt, die Vorarbeiten in die Wege zu leiten. Es wurde weiter darauf hingewiesen, den Artikel „Kriegervereine und christliche Gewerkschaften" in Nr. 51 des Fachorgans zu beachten. Ferner wurden die Revisorenwahlen sowohl für die Ortsgruppe als auch für die Einkaufskasse getätigt, ebenso wurde der Beitrag für den sozialen Ausschuß einstimmig bewilligt. Mit einem kräftigen Schlußworte fand dann die Versammlung ihr Ende.

Borghorst. Geschäftbericht unserer Ortsgruppe. Das jetzt zu Ende gegangene Jahr 1911 war für die Baumwollbranche, Spinnerei und Weberei, mit seinen hohen Baumwollpreisen ein ungünstiges, ein Krisenjahr mit all seinen unliebsamen Erscheinungen. Allerdings zeigten die letzten Monate eine etwas aufsteigende Tendenz. Neben der Teuerung waren es hauptsächlich Betriebseinschränkungen oder, was dasselbe bedeutet, Warten auf Material, welche die Lebenshaltung des Textilarbeiters bedeutend herabdrückten. Unter solchen Umständen beschränkt sich notgedrungen die Tätigkeit der Ortsgruppe hauptsächlich auf den inneren und äußeren Ausbau derselben. Und doch fällt in dieses Krisenjahr ein Ereignis von weittragender Bedeutung: die Aussperrung der organisierten Textilarbeiter des gesamten Münsterlandes. Infolge von Differenzen bei der Firma Kolk u. Co. in Coesfeld wurden, nachdem die Differenzen tatsächlich beigelegt waren, unter nichtssagenden Gründen am 18. Mai die organisierten Textilarbeiter ausgesperrt. Der christliche Textilarbeiterverband war gezwungen — es galt seine gewerkschaftliche Ehre — unter den ungünstigsten Bedingungen diesen Kampf aufzunehmen. Auch die hiesige Ortsgruppe wurde in ihrer Gesamtheit mit 553 Mitgliedern (402 männliche und 151 weibliche) davon betroffen. Nicht viele, ja man kann sagen, wohl keine Ortsgruppe wurde so hart davon mitgenommen; waren wir doch gezwungen, infolge der uns gestellten Bedingungen nach Beendigung der Aussperrung in den Streik überzugehen. Siebzehn Kollegen waren es, welche wir nach Beendigung des Streikes auf der Strecke lassen mußten, welche jedoch nach und nach größtenteils bei den alten Firmen wieder eingestellt wurden, mit Ausnahme der Firma Arnold Kock, welche bis jetzt noch keinen einzigen wieder eingestellt hat. Zwei Arbeiter der besagten Firma sind noch heute arbeitslos. Aber wie so oft im menschlichen Leben, bewahrheitete sich auch hier wieder das Sprichwort: Druck erzeugt Gegendruck. Trotz des Druckes, ja wir möchten fast sagen, infolge des Druckes, und wohl auch in der Erkenntnis, daß es für den denkenden Arbeiter entehrend ist, den ausgesperrten Mitarbeitern in den Rücken zu fallen, stieg unsere Mitgliederzahl auf 655, davon sind 433 Arbeiter und 222 Arbeiterinnen. Um nun diese Mitglieder zu schulen, sie mit der sozialpolitischen Gesetzgebung und der Arbeitergesetzgebung bekannt zu machen, sowie um die nötigen Ortsgruppengeschäfte zu erledigen, fanden drei öffentliche, drei General- und zwölf Mitgliederversammlungen statt, während der Aussperrung allein außerdem 11 Mitgliederversammlungen. Der Versammlungsbesuch mußte stets als ein guter bezeichnet werden. Inwieweit die Heranbildung und Schulung der Mitglieder mit Erfolg gekrönt war, bewies am besten die musterhafte Haltung derselben während der Aussperrung. In den besagten Versammlungen wurden nur in sechs Versammlungen von auswärtigen Rednern Vorträge gehalten, in den anderen wurde dies von den Vorstandsmitgliedern bezw. einfachen Mitgliedern besorgt, gewiß auch ein Zeichen der fortschreitenden Bildung. Die Ortsgruppenleitung war stets bestrebt, sich in den Vertrauensmännern erprobte und tüchtige Mitarbeiter heranzubilden und hielt zu diesem Zwecke elf Vertrauensmännerversammlungen ab. Diesen wackeren Mitarbeitern auf gewerkschaftlichem Gebiete ist es zu verdanken, daß die Ortsgruppe eine so schöne Fortentwicklung genommen hat. Aber auch der Vorstand selbst hielt zur besseren Orientierung, sowie zur Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten zwanzig Sitzungen ab. Der in unserer so ernsten Zeit brennend gewordenen Jugendfrage wurde seitens der Ortsgruppenleitung die gebührende Beachtung zuteil, indem für die Jugend extra drei Versammlungen abgehalten wurden, worin neben dem Ernste auch der Humor, eine notwendige Beigabe für die Jugend, nicht zu kurz kam. Um die Verhältnisse in den einzelnen Betrieben näher besprechen, bezw. Stellung dazu nehmen zu können, fanden 23 Fabrikbesprechungen statt. Als eine Hauptaufgabe der Gewerkschaft muß die Erziehung zur Arbeitersolidarität, Gemeinsinn und Opfersinn für die Interessen des Standes bezeichnet werden und gerade dieses muß für unsere Ortsgruppe in hohem Maße in Anspruch genommen werden, war es doch aus diesen Eigenschaften heraus möglich, am 1. November einen Lokalbeitrag von fünf Pfennig pro Woche einzuführen. Aber auch die Tatsache, daß fast die Hälfte der Mitglieder mehr als den Pflichtbeitrag entrichteten, fällt unter dieser Rubrik. Die Ortsgruppe hat sich im Laufe der Zeit eine sehr reichhaltige Bibliothek zugelegt, und die Benutzung derselben ist in den Wintermonaten eine immer größere, in den Sommermonaten ist die Benutzung infolge der ländlichen Arbeiten nicht so groß. Das Verhältnis der Ortsgruppe zu dem hier am Orte bestehenden katholischen Arbeiterverein ist ein außerordentlich gutes, welches sich schon allein dadurch äußert, daß sämtliche Vorstandsmitglieder, außer einem, welches dem christlichen Bauarbeiterverbande angehört, hervorragende Mitglieder unserer Ortsgruppe sind. Nach vorstehendem können wir mit der Entwicklung unserer Ortsgruppe in dem Krisenjahr 1911 zufrieden sein, doch soll uns dies nicht veranlassen, die Hände in den Schoß zu legen, sondern antreiben, daß Vorstand, Vertrauensmänner und Mitglieder mit noch mehr Energie und Tatkraft für den inneren und äußeren Ausbau unserer Ortsgruppe tätig sind.

Grefrath. Der Besuch unserer Generalversammlung vom 24. Dezember ließ zu wünschen übrig. Erster Punkt der Tagesordnung war Abrechnung vom dritten Quartal. Kollege Strucken erstattete Bericht hierüber. Dann wurde zur Vorstandswahl geschritten. Aus der Wahl gingen hervor die Kollegen Joh. Fimmers, Joh. Höfels, Josef Wilbers und Wilh. Jakobs. Die Fördererwahl wurde vertagt bis zur nächsten Versammlung. Als Revisoren wurden die Kollegen Heinrich Hally und Joh. Klapdohr gewählt. Der Vortrag des Vorsitzenden des Ortskartells, Kollegen Josef Reifen, wurde, weil die Zeit schon weit vorgerückt war, bis zur nächsten Versammlung vertagt. Unter Punkt „Verschiedenes" entstand noch eine lebhafte Diskussion, woran sich mehrere Kollegen beteiligten.

Hermges-Dahl. Einen außerordentlichen, zahlreichen Besuch hatte unsere am 24. Dez. tagende Generalversammlung aufzuweisen. Aus dem Geschäfts- und Kassenbericht, welchen der Kollege Esser erstattete, entnehmen wir kurz folgendes: Die Mitgliederzahl vermehrte sich im Laufe des Jahres um 71. Zwecks Aufklärung der Mitglieder, sowie in agitatorischer Tätigkeit haben Vorstand und Vertrauensmänner ihr bestes getan. Es fanden 13 Vorstands-, und 12 Vorstands- und Vertrauensmännersitzungen, 2 Arbeiterinnen- und 8 Mitgliederversammlungen, sowie 26 sonstige Sitzungen und Konferenzen, woran der Vorsitzende resp. Vorstandsmitglieder teilnahmen, statt. Ferner wurde ein Ausflug veranstaltet und an dem Kartellfest teilgenommen. Die Agitationskommission hat die an sie gestellten Aufgaben nicht ganz erfüllt. Es wird unsere Aufgabe sein müssen, sie im nächsten Jahre weiter auszubauen. Mit gutem Erfolg wurde eine zweimalige Hausagitation vorgenommen. Die Gesamteinnahme betrug 4815,50, die Gesamtausgabe 2383,03 Mark und setzt sich wie folgt zusammen: Streikunterstützung 281,45, Arbeitslosenunterstützung 184,—, Krankenunterstützung 1038,80, Sterbeunterstützung 130,—, Reiseunterstützung 10,—, Maßregelungsunterstützung 16,50, 15% Anteil der Ortsgruppenkasse 724,30 Mark. Der Ueberschuß von 2432,47 M. wurde an die Zentralkasse abgeführt. Die Unterstützungssumme beträgt 34.48% der Gesamteinnahme. Die vorgenommenen Wahlen hatten folgendes Ergebnis: als Vorsitzender wurde der Kollege Cl. Grabbe neu-, als Kassierer und Schriftführer die Kollegen Esser und Feldmann wiedergewählt. Von seiten der Kolleginnen wurden die Kolleginnen Fliesgen und Leonards gewählt. Nach den Wahlen hielt der Kollege Müller einen kurzen aber interessanten Rückblick über die geleistete Arbeit des vergangenen Jahres innerhalb unseres Verbandes und spornte zum Schlusse zu eifriger Mitarbeit an.

Kolleginnen und Kollegen, leisten wir der Aufforderung des Kollegen Müller und Esser dahin folge, die Versammlungen so wie diese und wo möglich noch zahlreicher zu besuchen, mehr wie bisher den Vorstand in seiner Arbeit zu unterstützen, damit uns am nächsten Jahresschlusse ein noch schönerer Erfolg als jetzt beschieden sein wird.

Münster i. W. (Teuerung und Selbsthilfe.) Das hiesige christliche Gewerkschaftskartell beschloß Mitte Oktober, angesichts der hohen Fleischpreise, die in keinem Verhältnis zu den Preisen standen, welche die Bauern für ihre zu verkaufende Ware bekommen, zur Selbsthilfe zu schreiten und gemeinsam mit den Arbeitervereinen den Fleischverkauf selbst in die Hand zu nehmen. Diesem Beschlusse folgte die Tat sofort, indem im Arbeiterhause jede Woche 4—5 Schweine ausgehauen und das Pfund Fleisch zu 60 und 65 Pfg. abgegeben wird, während sonst die Preise auf 80—100 Pfg. sich belaufen. Diese Maßnahme fand den allgemeinen Beifall der Mitglieder, die gern die Gelegenheit wahrnahmen, ein Stück Fleisch zu einem erschwinglichen Preise zu kaufen. Die Folge dieser Maßnahme ist, daß jetzt Dienstags und Freitags an acht bis zehn Stellen der Stadt von Privaten ebenfalls Schweine ausgehauen werden, und zwar zu demselben Preise, den wir angesetzt haben. Der Landwirtschaftliche Kreisverein Amelsbüren-Hiltrup folgte gleichsam diesem Beispiele, um ebenfalls den Preistreibereien des Zwischenhandels entgegen zu arbeiten. Und auf dem letzten Wochenmarkt konnte man auch da schon feststellen, daß Metzger das Pfund Schweinefleisch zu 65 Pfg., Kotelett zu 75 Pfg. verkauften, während letzteres sonst mit 90 und 95 Pfg. bezahlt werden mußte. So ist unstreitig durch diese Maßnahme eine für die arbeitende Bevölkerung günstige Wirkung erzielt worden. Auch werden die Metzger wohl oder übel mit ihren Ladenpreisen folgen müssen, da die Konkurrenz sie dazu zwingen wird.

Jeder, dem das Wohl der Arbeiter am Herzen liegt, müßte eine solche Maßnahme freudigst begrüßen. Nicht so die „patentierten Arbeiterfreunde" (richtiger Arbeiterfeinde D. S.) von Münster, die sozialdemokratischen Arbeiter„führer" im trauten Verein mit der roten Arbeiterzeitung Dortmund. Sie nennt dieses Vorgehen des christlichen Kartells „Waschlappenpolitik". Schimpfen tun die Genossen wie ein Rohrspatz darüber, daß der Kollege Holle im Auftrage der christlichen Arbeiter in der Stadtverordnetensitzung vom 11. Oktober wegen der Teuerung interpellierte, ohne sich dazu die Genehmigung der Münsterschen roten Pimperl-Wichtigs eingeholt zu haben; sie hatten nämlich einen Tag vor der Sitzung durch Eil- und Einschreibebrief auch eine Interpellation eingereicht. Statt die praktische Arbeit der christlichen Arbeiter anzuerkennen, stellen sie sich als den billigen Jakob auf den Markt und rufen in der Arbeiterzeitung, wir waren die ersten, welche interpellierten, und da haben die „Christen" es aus Angst auch getan. (Wer lacht da?) Diese an Größenwahn grenzende Ansicht haben sie schon oft vertreten, sie wirkt besonders humoristisch und entlockt unsern Kollegen ein mitleidiges Lächeln, wenn man bedenkt, daß diese armen gequälten Geister in einer großen Versammlung des Kartells im vorigen Frühjahr selbst ihre Unfähigkeit eingestehen mußten, mit christlichen Arbeitervertretern über das sozialdemokratische Programm zu diskutieren, trotzdem sie — auf der Parteischule gewesen waren. Ob diese Marktschreier nicht bald selbst einsehen, welche lächerliche Rolle sie in vorstehender Frage gespielt haben?

Die christlichen Arbeiter halten es mit der praktischen Arbeit, weil sie ihnen Vorteile bringt, sie überlassen es den roten Wortathleten neidlos, ihre Anhänger mit Phrasen zu füttern.

Reichenbach. Auf die Berichtigung der Herrn Machill aus Reichenbach betreffend unsere Notiz „Etwas zum Nachdenken oder zum Lachen" in Nr. 50 dieser Zeitung sei erwidert:

Wir haben uns überzeugt, daß der Weber Englich, welcher bei der letzten Stadtverordnetenwahl hierselbst die sozialdemokratische Liste wählte, zur Zeit der Wahl nicht mehr Mitglied der kath. Fachabteilung und auch nicht Vertrauensmann, aber Mitglied des kath. Arbeitervereins war. Wenn er gelegentlich, wie in unserm Falle, als Vertrauensmann des Arbeitervereins betrachtet wurde, so dürfte diese irrtümliche Auffassung eine hinreichende Erklärung darin finden, daß er als ehemaliges Mitglied der kath. Fachabteilungen zu den eifrigeren Mitgliedern des Vereins und konsequentesten Vertretern des „Berliner Systems" gehörte. Seine Stellungnahme bei der Stadtverordnetenwahl motivierte das ehemalige Mitglied des kath. Arbeitervereins wie folgt:

„Ich habe die sozialdemokratische Liste gewählt, weil ich von der Art und Weise, wie der Berliner Verband die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter vertritt, genug habe und eine Gelegenheit suchte, aus dem Verein herauszukommen."

Ferner schreibt man uns noch:

Am 16. Dez. v. J. wurden bei der Firma C. E. Hain, mech. Weberei in Reichenbach, die Betriebskrankenkassenwahlen getätigt. Da im genannten Betriebe Fachabteiler eine ganze Anzahl vorhanden sind, ja sogar einige Vertrauensmänner, so muß man unwillkürlich zum Nachdenken angeregt werden. Ganze zwei Männchen waren bei der Wahl zugegen, trotzdem 2 Vorstandsmitglieder und drei Ersatzmänner zu wählen waren. Würden da nicht die kath. Fachabteiler besser getan haben, statt auf die christlichen zu schimpfen, die Wahlgelegenheit gut auszunutzen? Die Genossen kümmerten sich diesmal gar nicht um die Wahl und verließen ohne jeden Wortstreit das Kampffeld. Die Situation war also für die Berliner äußerst günstig, nun etwas Positives für die Arbeiterschaft zu leisten. Oder ist ihnen an den Krankenkassenverwaltungen so wenig gelegen, daß sie alles im Stiche lassen, um nur nicht als Liebkind fallen gelassen zu werden? Eine Berufsorganisation, die nicht alles aufbietet, um für ihre Anhänger Vorteile herauszuholen, vernachläßigt aufs gröbste die Interessen ihrer Mitglieder.

Der Berliner „Arbeiter", das Organ der kath. Fachabteilungen, mutet in Nr. 49/1911 in der Notiz „Etwas zum Nachdenken" den nur wenigen christlich Organisierten in Reichenbach die schwere Arbeit zu, den Genossen das Feld abzugraben. Wird die Fachabteilung nicht fertig mit ihnen? Wie muß es mit ihrer Werbekraft aussehen? Wie ist es dann möglich, für sie neue Anhänger zu werben, wenn alte Mitglieder („Weber Englich") rot wählen, um nur aus dem Verein herauszukommen. Erst durch diese Vorgänge kann man sich einen Begriff machen von der Verhetzung dieser Leute, deren Hauptarbeit im Nachschnüffeln christlich organisierter Arbeiter zu finden ist.

Willich. Am 17. Dez. 1911 hielt unsere Ortsgruppe ihre Generalversammlung ab. Nach Verlesung des Protokolls der letzten Versammlung erstattete der Kassierer Rechnungsablage des 3. Quartals. Die Revisoren erklärten, Kasse und Belege in bester Ordnung gefunden zu haben. Es wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Hierauf erstattete Kollege Heinr. Porten Bericht von der letzten Delegiertensitzung in Krefeld. Bei der Vorstandswahl wurde der bisherige Vorsitzende, Kollege Karl Jensen, einstimmig wiedergewählt. Der Schriftführer machte die Mitglieder nochmals mit der Anmeldung in Sachen der Arbeitslosen und Kranken bekannt. Nach der Versammlung fand eine kleine Verlosung für die Mitglieder statt. Die Hausagitation ergab bis jetzt 10 neue Mitglieder.

Windberg. Unsere Generalversammlung, welche am 16. Dez. 1911 tagte, erfreute sich eines guten Besuches. Dem vom Vorsitzenden erstatteten Jahresbericht ist zu entnehmen, daß, obschon der Geschäftsgang in unserem Hauptindustriezweig, der Buxkin- und Kammgarnbranche, noch arg darniederlag, unsere Ortsgruppe doch an Mitgliederzahl zugenommen hat. Auch dürfe man sie als innerlich gefestigt bezeichnen, weil die früher vorhandene Fluktuation der Mitglieder bereits als überwunden zu betrachten ist. Desgleichen haben sich unsere Kassenverhältnisse nach oben entwickelt. Ganz vorzüglich hat sich die gebildete Agitationskommission bewährt, und haben auch die derselben angehörenden jüngeren Kollegen stets opferfreudig mitgearbeitet. Jetzt heißt es, dafür einzutreten, daß alle unsere Veranstaltungen im neuen Jahre von unseren Mitgliedern vollzählig besucht werden. Nach kurzer Diskussion wurden die zu erledigenden Wahlen getätigt. Als Vorsitzender wurde der Kollege Jörißen einstimmig wiedergewählt, ebenso der bisherige Schriftführer Kollege Hessels. Auch die übrigen Wahlen gingen glatt vonstatten. Kollegen, die schon 7 und 8 Jahre das schwierige Amt als Vertrauensmann bekleiden, stellten freiwilligst ihre Kraft auch weiterhin in den Dienst der guten Sache.

Der Referent, Kollege Müller, gab eingangs seines Vortrages seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Wahlen sich so glatt erledigt hätten. Dies zeuge von gutem gewerkschaftlichem Geiste. Imponierend sei es aber, daß ein Kollege, der 70 Jahre alt, bereits 10 Jahre Vertrauensmann ist, auch noch weiterhin mitarbeite. (Bravo! Wir wünschen dem Kollegen noch recht viele Jahre Gesundheit und Rüstigkeit.) Dies müsse uns jüngeren Kollegen ein besonderer Ansporn zu tatkräftiger Arbeit sein. Hierauf zeigte der Redner den Anwesenden, wie das vergangene Jahr auch für unsere gesamte Gladb. Bewegung ein Jahr der Arbeit, ein Jahr des Kampfes gewesen. Nach außen stärker, nach innen geschult und gefestigter, dies sei der Erfolg, auf den wir alle stolz sind.

Der Vorsitzende, Kollege Jörißen dankte allen tatkräftigen Kollegen für ihre treue, unverdrossene Mitarbeit im abgelaufenen Jahre. Doch auch dem Vorsitzenden, so führte der Kollege Busch aus, gebührt unsere Anerkennung, unser Dank, und wie bisher, so werden wir auch in Zukunft in Eintracht zusammenarbeiten unserm großen Ziele zu. Damit fand die Versammlung ihren Abschluß.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Christbaumschmuck und Arbeitslohn. Hunderttausende und Millionen von Menschen erfreuen sich alljährlich zu Weihnachten an den prachtvollen bunten Glaskugeln-, -blumen, -früchten usw., die den Tannenbaum im Lichterglanz erstrahlen lassen. Aber nur wenige Menschen haben eine Ahnung davon, wie viel Arbeiternot und -elend in diesem glitzernden Schmuck verkörpert liegt. Es handelt sich um Erzeugnisse der Heimarbeit, die ihren Hauptsitz im südwestlichen Teil des Thüringer Waldes, im Lauschagrund hat. Hier sind in ihren engen Wohnungen sämtliche Familienmitglieder bis zu den vorschulpflichtigen Kindern während der Saison, die sich von März bis in den November hinein zieht, in emsiger Beschäftigung. Vater und Söhne als Glasbläser geben dem Schmuck die vorgeschriebene Form und Gestalt, die Mutter und Kinder besorgen das Färben, Trocknen, Anleimen der Aufhängekapsel und das Verpacken der Ware, die dann von den Verlagsfirmen in alle Weltgegenden versandt wird.

Trotz emsigster Arbeit ist die Lage dieser Heimarbeiter eine trostlose. Ungesunde, überfüllte Arbeitsstätten, eine von überheizten Oefen, Gasen und Chemikalien geschwängerte Luft, dazu eine 15- bis 16stündige Arbeitszeit, die oft noch erheblich ausgedehnt wird, das ist der äußere Rahmen, unter dem sich die Herstellung des schönsten Christbaumschmucks abspielt.

Der Lohn für diese aufreibende Arbeit ist unglaublich niedrig; je nach der Qualität der Ware und Geschicklichkeit der Familie natürlich verschieden. Er wird durch allerhand Konkurrenzmanöver von Verlegern und Zwischenhändlern, durch Bruchgefahr und ausnahmeweise Einstellung fremder Hilfskräfte noch auf mancherlei Weise beschränkt. Wenn man aber den Normalfall annimmt, daß eine Familie bei 13stündiger Arbeitszeit 120 einfache bunte Glaskugeln von 12 Millimeter Durchmesser herstellen kann, so beträgt der Tagesverdienst des Bläsers nach Abzug der Kosten für Rohglas, Farben, Gas usw. 90 Pfg. bis 1 M. Es kommen aber auch bei ungünstigen Aufträgen (kleineren Perlen usw.) nicht selten Tagesverdienste von 30, 42, 61 Pfg. vor. Selbst wenn man annimmt, daß die Frau und die Kinder des Bläsers „gratis" arbeiten, und rechnet man für sie noch 50 Pfg. „ersparten Arbeitslohn" hinzu, so hält sich die Gesamteinnahme der Familie für den Tag immer noch auf einem unerhört niedrigen Niveau. Bei glatten Gold- und Silberperlen stellt sich der Tagesverdienst des Bläsers etwas günstiger, er beträgt für ihn und seine Familie wohl 1,50 M. bis 2,30 M. Aber es bleibt doch leider statistisch festgestellt, daß die Hälfte der Lauschaer Glasbläser ein Jahreseinkommen unter 600 M. hat und 66 Prozent noch unter 700 M. bleiben.

Sollte es nicht möglich sein, diesen geplagten Leuten, deren Erzeugnisse Tausende von Menschenherzen erfreuen, bessere Löhne zu bezahlen und die Preise dementsprechend zu erhöhen? Ja, möglich wäre es schon, wenn die profitgierige Schmutzkonkurrenz Einkehr und Umkehr halten würde. Hoffentlich wird das neue Hausarbeitsgesetz den armen Lauschaer Heimarbeiter-Familien eine Erleichterung ihres harten Loses bringen.

Bevölkerungszuwachs der Großmächte. Die Volkszählungen in Deutschland und England haben von neuem die Tatsache bestätigt, daß sich die Zunahme der Volkskraft, soweit sie sich aus der Bevölkerungsbewegung erkennen läßt, immer mehr zugunsten Deutschlands neigt. Eine Uebersicht über den derzeitigen Stand der Bevölkerungszahl und ihrer tatsächlichen und verhältnismäßigen Zunahmen ergibt folgendes Bild. Hierbei sind für Deutschland und England die Zahlen der letzten Volkszählungen (1. Dez. 1910 bezw. 1. April 1911) eingesetzt, für die anderen Mächte aber die errechnete Bevölkerungszahl für Ende 1910. Zugrunde gelegt für letztere wurde das Ergebnis der letztvorhergegangenen Zählung und für die Zunahme seit dieser der in der letzten Zählperiode stattgehabte Zunahmesatz.

	Bevölkerung Ende 1910	Zunahme auf 100 der vorhandenen Bevölkerung	jährlich zu erwartende fernere Zunahmen
Europäisches Rußland	108 000 000	1,15	1 242 000
Deutschland	64 903 000	1,35	876 000
Oesterreich Ungarn	49 800 000	0,93	465 000
Großbritannien	45 217 000	0,90	406 000
Frankreich	39 450 000	0,15	60 000
Algerien	5 660 000	2,00	113 000
Italien	34 500 000	0,69	238 000
Ver. Staaten von Amerika	92 200 000	1,80	1 660 000
Japan	50 600 000	1,10	556 000

Für die ferner zu erwartende Zunahme wurde die Ende 1910 vorhandene bezw. errechnete Bevölkerungszahl sowie die bis dahin stattgehabte verhältnismäßige Zunahme zugrunde gelegt. Sieht man von Amerika mit seinen durch die ständige starke Einwanderung so ganz anders gearteten Verhältnissen ab, so hat Deutschland von allen großen Mächten der Welt den weitaus stärksten Zuwachs. Ein glänzendes Zeugnis für die Richtigkeit der derzeitigen Wirtschaftspolitik. Beachtung verdient an und für sich sowohl wie namentlich auch angesichts des vielbesprochenen Stillstandes der Bevölkerung Frankreichs die starke Zunahme Algeriens.

Deutscher Außenhandel. In den ersten 11 Monaten des laufenden Jahres hat der deutsche Außenhandel in der Einfuhr einen Wert von 8661 Mill. M., in der Ausfuhr von 7324 Mill. M. erreicht. Wenn man annimmt, daß er sich in dem noch fehlenden Monat Dezember in ähnlicher Weise gestaltet, wie im Dezember 1910, so kommt man für das ganze Jahr 1911 zu einer Wareneinfuhr von rund 9500 Mill. M. und zu einer Warenausfuhr von mindestens 8000 Mill. M. Wert. Das tatsächliche Ergebnis für das ganze Jahr dürfte eher über diese Zahlen hinausgehen, als hinter ihnen zurückbleiben. Gegen das Vorjahr würde das eine Zunahme in der Einfuhr von 566 und in der Ausfuhr von 525 Mill. M. bedeuten. Im Laufe der letzten zwanzig Jahre hat sich hiernach der deutsche Außenhandel wie folgt entwickelt (Wert in Mill. M.):

	1891	1896	1901	1906	1911
Einfuhr	4151	4307	5421	8022	9500
Ausfuhr	3176	3525	4431	6359	8000
Zusammen	7327	7832	9852	14381	17500

Die Zunahme seit 1891 beträgt rund 10 200 Mill. M. oder 140 Prozent, hiervon entfallen auf die Einfuhr rund 5350 Mill. M. oder 129 Prozent und auf die Ausfuhr rund 4850 Mill. M. oder 154 Prozent. Vergleicht man die Entwicklung in den fünfjährigen Perioden, so hat die Zunahme im Jahrfünft 1891—1895 nur rund 500 Mill. Mark, im Jahrfünft 1896—1901 dagegen bereits 2000 Mill. M., im Jahrfünft 1901—1906 sogar 4500 Mill. M und im letzten Jahrfünft 1907—1911 rund 3100 Mill. M. betragen. Am langsamsten war die Entwicklung in den ersten Jahren nach dem Inkrafttreten der Caprivischen Handelsverträge, am schnellsten in den letzten Jahren des Bestehens dieser Verträge, sowie in den ersten zwei Jahren nach dem Inkrafttreten der Bülowschen Handelsverträge (das Jahr 1907 z. B. brachte eine Einfuhr von 8747 und eine Ausfuhr von 6845 Mill. M. Wert). Seit 1898, also in 13 Jahren, hat sich der Wert unseres Außenhandels verdoppelt, und zwar ist die Einfuhr um 90 Prozent, die Ausfuhr um 115 Prozent gestiegen. Von dem diesjährigen Ausfuhrwert entfallen annähernd 18 Prozent auf jede der drei großen Gruppen Eisen- und Metallwaren, Halb- und Fertigfabrikate der Textilindustrie und Konfektion und land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse einschließlich Nahrungs- und Genußmittel. Maschinen, elektrische Erzeugnisse und Fahrzeuge sind mit 11 bis 12 Prozent, chemische Erzeugnisse mit rund 10 Prozent, mineralische und fossile Rohstoffe (darunter hauptsächlich Kohlen) mit 8 Prozent, Leder, Lederwaren und Kürschnerwaren mit 5,3 Prozent, Papier und Papierwaren mit 2,8 Prozent, Feuerwaffen, Uhren und Spielzeug mit 2,5 Prozent in der Ausfuhr vertreten.

Versammlungskalender.

Ahaus. 14. Jan., 1 Uhr, bei Wilh. Burbaum Generalvers.
Altenberg. 21. Jan., 11½ Uhr, bei Hub. Brandt Generalv.
Atzenbach. 14. Jan., 3 Uhr, im Gasthaus Schützen.
Beyenburg. 20. Jan., 8½ Uhr, bei G. Erlhoff Generalv.
Burgwaldniel. 21. Jan., 6 Uhr, bei Jak. Küster Generalv.
Cottbus. 20. Jan., 8 Uhr, im evangelischen Vereinshaus, Spreestr. 12, Generalversammlung.
Euenheim-Wißkirchen. 21. Jan., 5 Uhr, bei Mathias Schröder Generalversammlung.
Gera. 20. Jan., ½9 Uhr, im Lokale „Kronprinz", Generalversammlung.
M. Gladbach-Blumenberg. 21. Jan., 11 Uhr, bei Wilh. Nelles, Luisenstr., Generalversammlung.
M.-Gladbach-Holt. 14. Jan., 11 Uhr, bei David Aretz Jahresgeneralversammlung.
M.-Gladbach-Venn. 14. Jan., ½6 Uhr, bei Peter Loers, Venn, Generalversammlung.
Greiz. 28. Jan., 4 Uhr, bei Gräfer, Hohe-Gasse, Generalversammlung.
Greven. 19. Jan., 8 Uhr, bei Winninghoff Generalvers.
Hardt. 21. Jan., 9 Uhr, bei Konrad Zeressen Generalvers.
Hardterbroich. 14. Jan., 6 Uhr, bei Hubert Paggen, Mühlenstraße, Generalversammlung.
Hausen i. W. 14. Jan., ½8 Uhr, im Lokale „Zum Eisenwerk", Generalversammlung.
Hof a. S. 20. Jan., ½9 Uhr, in Steuberts Lokal, Alsenbergerstr. 2, Generalversammlung.
Heidenheim. 14. Jan., im Hirsch-Saal Generalversammlung.
Jungenbroich. 14. Jan., 5 Uhr, bei Ed. Hauseuer Generalversammlung.
Kalterherberg. 14. Jan., 11 Uhr, bei Egidius Hermanns Generalversammlung.
Krefeld. 21. Jan., 11 Uhr, in der „Reichshalle", Generalversammlung.
— 22. Jan., ½9 Uhr, in der „Reichshalle", Arbeiterinnenversammlung.
Krefeld-Bockum. 21. Jan., 6 Uhr, bei Heinrich Benger, Generalversammlung.
Montjoie. 21. Januar, 11 Uhr, Generalversammlung.
Nieukerk. 21. Januar, 11½ Uhr, bei Joh. Eykmanns (kleiner Saal, oben).
Ochtrup. 14. Januar, bei Franz Herbering, gleich nach dem Hochamt, Unterrichtskursus.
Rheindahlen. 14. Jan., ½10 Uhr, bei Döcker Generalvers.
Rheydt. 21. Jan., 6 Uhr, bei Albert Paffen, Odenkirchenerstraße 35, Generalversammlung.
Süchteln. 21. Jan., 10 Uhr, bei Wilhelm Wennmacher, Generalversammlung.
Vaals. 21. Jan., 7 Uhr, bei Arnold Gillissen, Generalvers.
Walheim. 11. Januar, 6 Uhr, bei Jakob Krott, Generalversammlung.
Wassenberg. 17. Januar, 7 Uhr, bei Ww. H. Schmitz, Generalversammlung.
Wegberg. 21. Jan., 10½ Uhr, im Wegbergerhof Generalversammlung.
Würselen. 28. Januar, 10 Uhr, bei Schimmer, a. d. Kirche, Generalversammlung.

Sterbe-Tafel.

†

Es starben die Verbandsmitglieder:

Arno Pastel in Greiz.
August Huhn in Beyenburg.
Johann Steins in Odenkirchen.
Franz Banzet in Rothau.
Karl Ferfers in M.-Gladbach.
Karl Woicke in Forst i. L.
Bernard Brockhoff in Coesfeld.
Franz Karl Hoffmann in Greiz.
Heinrich Krutwage in Münster i. Westf.
Johann Joannes in Münster i. Els.
Ernst Best in Dahlhausen.

Ehre ihrem Andenken!

Inhaltsverzeichnis.

Starkmut. — **Artikel:** Arbeiter und Staatspolitik. — Studentische Arbeiterunterrichtskurse. — Von unserem holländischen Bruderverbande. — Wie man sich in Nord-Amerika die „Lösung" der „Baumwollfrage" denkt. — „Textilarbeiter" und Schutzzoll. — **Feuilleton:** Mutterklage. — Wunder der Webekunst. — **Allgemeine Rundschau:** Wesen und Charakter der christlichen Gewerkschaften. — Christliche Grundsätze im Rechtsleben. — Pharisäer. — Ein Wort der Anerkennung vom Gegner. — Bald zentrümlich, bald nationalliberal. — Wie es gemacht wird. — Das alte Lied. — Ein Urteil aus Freundesmund. — An der eigenen Nase halten. — **Aus unserer Industrie:** Die Textilindustrie im Jahre 1911. — Wolle-Produktion und -Verbrauch der Welt. — Seidenraupenzucht in Deutsch-Ostafrika. — **Aus dem Verbandsgebiete:** An unsere Vorstandsmitglieder! — **Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten:** M.-Gladbach. — **Berichte aus den Ortsgruppen:** Augsburg. — Borghorst. — Grefrath. — Hermges-Dahl. — Münster i. W. — Reichenbach. — Willich. — Windberg. — **Volkswirtschaftliches und Soziales:** Christbaumschmuck und Arbeitslohn. — Bevölkerungszuwachs der Großmächte. — Deutscher Außenhandel. — Versammlungskalender. — Sterbetafel.

Mitglieder, agitiert für den Verband!